

Annoucen-Annahme-Bureau in Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilschstr. 16.) bei C. F. Ulrich & Co. Breitenstraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei T. Streiland, in Breslau b. Emil Rabath.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Danne & Co., Taubenstr. 10, in Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidenbank“.

Nr. 79.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 1. Februar

Inserate 30 Bl. die sechsgehaltene Beizzeile oder deren Raum, Reklamen die Beizzeile 50 Bl., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Zur Aufhebung der Maigesetze.

M. Berlin, 30. Januar.

Der Petitionskommission lagen vorgestern 30 Petitionen vor, in welchen theils direkt, theils indirekt beantragt wird, die sogenannten Maigesetze aufzuheben. Dieselben geben aus, einerseits von Mitgliedern katholischer Kirchengemeinden in den Provinzen Posen und Westpreußen, und zwar sind aus Posen 12, aus Westpreußen 10 solcher Petitionen eingegangen, andererseits von katholischen Volksversammlungen in den Provinzen Westfalen, Sachsen, der Rheinprovinz und Westpreußen. Die Petitionen der Kirchengemeinden sind mit zahlreichen Unterschriften versehen, während die von Volksversammlungen herrührenden lediglich unterzeichnet sind von den Vorstandsmitgliedern der betreffenden Volksvereine bis auf die aus Bruch im Kreise Conitz (Westpreußen), welche die Unterschriften der Teilnehmer jener Volksversammlung trägt. Sämmtliche Petitionen aus der Provinz Posen und fünf aus Westpreußen geben den Text in deutscher und polnischer Sprache und die meisten derselben enthalten am Schluß die Versicherung, daß die Unterzeichneten selbstständige Männer sind. Anlangend die Begründung, so theilen sich die Petitionen in zwei Gruppen, indem die Petitionen mit polnischem Nebentext wesentlich anders den Antrag motiviren, als die bekannte Dortmunder Petition.

Die Ersteren führen Folgendes aus: Als Staatsbürger seien die Katholiken verpflichtet zur Zahlung von Abgaben, zur Tragung aller Lasten, welche Katholiken und Nichtchristen gemeinsam sind und zum Militärdienst. Sie erfüllen diese Pflichten gegen den Staat mit Eifer, Treue und Gewissenhaftigkeit, erwarteten und verlangten aber nun auch vom Staat, daß derselbe ihnen gegenüber seine Pflicht thue und ihnen insbesondere Gewissensfreiheit gewähre und gestatte, nach den Satzungen ihres Glaubens zu leben, wie dies Andersgläubigen und Nichtchristen gegenüber geschehe, zumal dies den Bewohnern der Provinz Posen noch durch besondere Verträge gewährleistet sei u. s. w. Unerwähnt bleibt die Glaubenssätzen seien aber die sogenannten Maigesetze, durch welche das Gewissen der katholischen Glaubensgenossen verletzt würde. Eine Petition der Mitglieder der Pfarrei Mogilno, Provinz Posen, schildert noch speziell, wie verlegend es für gläubige Katholiken sei, wenn sie gezwungen würden, einen Priester, welcher zur sogenannten altkatholischen Sekte übergetreten sei, sich verheirathet und fern von seiner Pfarre häuslich mit seiner vermeintlichen Frau niedergelassen habe, die Pfarreinakten zu gewahren; dies geschehe aber dem Pfarrer Suszczynski gegenüber trotz aller Proteste; man sei sogar so weit gegangen, diejenige Person, welche das Dekret des Papstes, durch welches über den A. Suszczynski Kirchenstrafen verhängt wurden, an denselben übermittelte, zur Bestrafung zu ziehen, so daß dadurch das Strafrecht des Papstes illusorisch und das Schisma faktisch eingeführt würde. Die Dortmunder Petition verlangt, die Petitionen der königl. Staatsregierung zur möglichst schleunigen Abhilfe zu überweisen.

Ausgenommen von dieser Aufhebung möchten nur vielleicht bleiben können:

a) das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875, b) das Gesetz vom 14. Mai 1875 über den Austritt aus der Kirche, c) das Gesetz über die Vermögensverwaltung in katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875. Es soll damit aber nicht gesagt sein, heißt es, daß diese Gesetze nützlich, notwendig oder gut seien; aber die katholische Kirche hat sie als nicht direkt und wesentlich gegen ihre Lehre und ihre Freiheit verstößend anerkannt, und die Katholiken haben demnach sich diesen Gesetzen gefügt. Ob und in wie weit sie zu revidiren oder aufzuheben seien, wird sich nach Beendigung des Kulturkampfes von selbst ergeben.

Der Regierungs-Kommissarius, Ministerial-Direktor Dr. Förster, gab folgende Erklärung ab: „Ich beziehe mich zurück auf die Erklärung, welche der Herr Kultusminister bereits im Hause der Abgeordneten abgegeben hat, wonach die Frage der Aufhebung der Maigesetze für die Staatsregierung überhaupt nicht diskutirbar sei, der Frage der Revision dieser Gesetze aber auch zur Zeit und so lange nicht näher getreten werden könne, als die von dem Zentrum vertretenen und von der ultramontanen Partei im Lande bereitwillig befolgten Grundzüge nicht verlassen werden. Man kann nicht dadurch die Mängel eines Gesetzes erkennen, daß es nicht befolgt wird, sondern erst die Befolgung der Gesetze kann darüber Erfahrung geben.“ — Dieser Erklärung fügte ein Mitglied der Kommission hinzu: eine Widerlegung der obigen Ausführung setze ein Eingehen in unabwehrbare Einzelheiten des staatskirchlichen Verhältnisses voraus und sei bereits in den zu den Gesetzen erstatteten Kommissionsberichten enthalten. Nachdem die Verteidiger des Antrages auf Ueberweisung zur Abhilfe noch geltend gemacht hatten, daß bereits verschiedene Anzeichen vorlägen, wonach auch von der Seite, welche bisher für die Maigesetze gewesen sei, eine Revision derselben angestrebt werde, wie sich dies in verschiedenen Reden hervorragender Abgeordneter gezeigt habe; daß die beabsichtigte Wirkung — Lockerung der Verhältnisse der Geistlichen zum päpstlichen Stuhl — nicht eingetreten sei, daß vielmehr Erbitterung gegen die Regierung erzeugt und damit der Sozialdemokratie der Boden geebnet werde; daß der Kulturkampf nur aus einer Laune des Fürsten Bismarck hervorgegangen sei, — wurde seitens der Verteidiger des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung kurz motivirt, daß der Gegenstand der Petitionen ein solcher sei, welcher auf Grund einer Petition garnicht behandelt werden könne, und daß in eine materielle Diskussion deshalb nicht eingetreten würde.

Zum Schluß wurde von einem Mitgliede der Kommission, insbesondere in Vertretung der polnischen Petitionen noch hervorgehoben, daß drei Punkte vorwiegend ins Gewicht fielen, welche auch durchgängig den Petitionen zu Grunde lagen und sich als durchschlagend erwiesen, um die von den Petenten beantragte Aufhebung der Maigesetze zu erwirken. Von den Petenten sei nämlich darauf Bezug genommen, daß 1) die Maigesetze gegen die Dogmen der römisch-katholischen Kirche verstoßen, 2) diese Gesetze einen religiösen Notstand im Großherzogthum Posen und Westpreußen, der in seinem Endresultate die gänzliche Verfallmünderung und Verwüstung aller religiösen Seelsorge herbeigeführt, hervorgerufen haben, 3) das staats- und völkerrechtliche Verhältniß der polnischen Bevölkerung, welches der letzteren die freie Ausübung ihrer Religion garantiere, durch diese Gesetze zum Nachtheile der Petenten betroffen werde. Es wurde ferner in Anregung gebracht, die in letzter Zeit von dem Abgeordneten Dr. von Stablewski im Abgeordnetenhaus eingereichte und besprochene Interpellation, betreffend die Bedrückung der Posener Gemeinde, welche Interpellation, nicht entsprechend und genügend von der Regierung beantwortet sei. Es wurde weiterhin Bezug genommen auf die Ausführungen bezüglich der Maigesetze seitens der polnischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und Fälle angeführt, wo Priester wegen unabweislicher geistlicher Anstöße in dringenden Nothfällen gestraft worden. Auch wurde, unter Berufung auf die Theilungsverträge von Grodno aus dem Jahre 1793 sowie an die Worte des Anrufes vom 15. Mai 1815 an die Einwohner des Großherzogthums Posen:

„Auch Ihr habt ein Vaterland, und mit ihm einen Beweis meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. . . . Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dotirung ihrer Diener gewirkt werden.“

ausgeführt, es wäre die Pflicht der Staatsregierung eine Wandlung zu schaffen, und die Aufhebung der schweren Gewissensbedrückung, welche zur Genüge durch die Petition mit ihren zahlreichen Unterschriften bezeugt werde, sowie die Petenten es auch verlangen, zu bewirken. Bei der Abstimmung ergab sich, daß der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung die Majorität erhielt, da sich für diese 12 Stimmen erklärten, während für den Antrag auf Ueberweisung zur Abhilfe nur 6 Stimmen waren.

Der von dem ultramontanen Kreisrichter v. Kleinsorgen über die vorstehend erörterte Sitzung der Petitionskommission dem Plenum erstattete Bericht ist höchst sonderbar. Wir erhalten darüber folgende Mittheilung:

Die Motivirung des Beschlusses der Kommission sammt der Regierungserklärung wird auf den Raum von noch nicht einer Seite dargestellt, die Ausführungen der Minorität dagegen, umfassen nicht weniger als 15 Seiten. Auch werden diese Ausführungen, der in den Kommissionsberichten allgemein geübten und durchaus in der Natur der Sache liegenden Praxis zuwider, nicht referirend und in indirekter Rede, sondern in der Form einer eigenen, selbstständigen Abhandlung wiedergegeben. Noch merkwürdiger aber, als diese außerordentliche Form, ist der Inhalt des Berichtes. Unter dem Gewände eines objektiv gehaltenen parlamentarischen Aktenstücks tritt dem Leser eine wahre Hetz- und Brandchrift entgegen. Es ist, als ob man aus allen Schmähungen und Anklagen, mit denen die ultramontane Presse seit Jahren angefüllt gewesen, einen wohlpräparirten Extrakt vor sich hätte. Da wird die Behauptung ausgesprochen, daß ein Mitglied des preussischen Staatsministeriums „wörtlich unerschrocken“ gesagt habe: „Unser Ziel ist die Vernichtung des Papstthums und der katholischen Kirche“; da heißt es, man habe, „wie auch von verschiedenen Seiten ausdrücklich proklamirt und gebilligt ist, selbst vor dem Doama der katholischen Kirche nicht Halt gemacht.“ Und zur Charakterisirung der Objektivität der Darstellung folgende Proben: „Die Kulturkampfgesetze verkehren ferner den von den sogenannten Liberalen angeblich stets erstrebten Neutritt Preußen in einen Staat polizeilicher Willkür und Aligewalt, in einen Staat, worin den Katholiken gegenüber durch die vage und unbestimmte Fassung dieser Gesetze die Verwaltungsbehörden uneingeschränkt und meist mit ausdrücklichem Ausschlusse der ordentlichen Gerichte durch willkürliche Auslegung und Handhabung der Gesetze, durch unangenehme Exekutivstrafen, durch Ausweisung, Internirung, Expatrirung über Person, Vermögen und Freiheit der Katholiken schalten und walten können.“ . . . „Wie sehr die Ausführung der Maigesetze durch die Verwaltungsbehörden aller Majestät des Gesetzes“ Hohn spricht, davon nur noch 3 Beispiele. . . . „Kein Räuber und Mörder, kein noch so gemeingefährlicher Verbrecher wird in Preußen jezt so gezeigt, so hart und willkürlich torquirt und gestraft, als ein katholischer Priester, der die unschuldigsten Dinge von der Welt, die den Staat durchaus gar nicht angehen, gegen politische Willkür und gegen solche Regierungsmassnahmen vornimmt.“ Auf dem Wege solcher Argumentation gelangt die Ausführung dann zu dem Ergebniss: Die Maigesetze sind Ausnahmegeetze der ungerechtesten und gefährlichsten Art. Sie verletzen Gottes Gebote und Christi Lehre, mißachten und maßregeln die katholische Kirche, ihre Diener und Angehörige auf die unerhörteste Weise. Sie verletzen das Naturrecht, das preussische Verfassungsrecht, das Recht der Parität und Gleichberechtigung der Staatsbürger und der Konfessionen in Preußen. Sie mißachten feierliche Zusagen und vertrauensmäßig fixirte Verpflichtungen der preussischen Könige gegenüber der katholischen Kirche und der katholischen Landesherren, sie befördern die Polizeiwilthür, die Streberet und das Denunziantenwesen und erwecken die verächtlichsten Neigungen des menschlichen Geistes, Gewinnsucht, Heuchelei, Aufsehung gegen die rechtmäßigen kirchlichen Oberen“ u. s. w. „Darum“, heißt es schließlich — und hier liegt der Schwerpunkt — „kann kein Fliedwerk, keine partielle Revision hier helfen und es bleibt nichts übrig, als wie die Petenten wollen, die gänzliche Aufhebung der Maigesetze zu verlangen.“

Das ist, meint die „Nat.-Ab. Korv.“, die Antwort der Zentrumsparthei auf die deutsch-konservativen Revisionsanerbietungen und den

Verständigungsraum der „Provinzialkorrespondenz“. „Es ist unmöglich, daß der dem Zentrum angehörige Abg. v. Kleinsorgen seine Stellung als Berichterstatter der Petitionskommission in so unerhörter Weise zur Anfertigung einer maßlosen Schmäh- und Anklageschrift mißbraucht haben sollte, ohne die Zustimmung seiner Partei. Der Bericht bringt also Klarheit in die Situation, und das ist dankenswerth.“

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ begrüßt den neuen französischen Botschafter, Grafen St. Vallier, welcher nun die Geschäfte der Botschaft übernommen hat, mit folgendem Artikel, der augenscheinlich offiziellen Ursprungs ist:

Mit dem Grafen hat die neue politische Aera in Frankreich einen Vertreter beim deutschen Reich erhalten, welcher schon wiederholt in der Lage gewesen ist, den Beziehungen zwischen den beiden Nationen werthvolle Dienste zu leisten. Als Repräsentant einer politischen Partei, welche die Unabhängigkeit der Nation und das gute Einvernehmen mit den benachbarten Mächten dem klerikalen Wohlwollen vorzieht, wird Graf St. Vallier hier um so eher auf entgegenkommende Bereitwilligkeit rechnen können, je mehr ihn Frankreich in die Lage setzen wird, einer wirklich friedlichen Politik Frankreichs Sympathien zuzuwenden.

Der Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien sind noch immer nicht unterzeichnet vielmehr haben sich in zwölfster Stunde Schwierigkeiten gegen diesen Akt aufgebürmt, deren Beseitigung die Verzögerung desselben naturgemäß zur Folge haben muß. Oesterreich und England heißen diese dem Friedenswerke entgegenstrebenden Hemmschube. Jetzt endlich kommt „etwas mehr Licht“ in die bisher völlig dunkle Materie. Am 30. hat der österreichische Botschafter am russischen Hofe dem Fürsten Gortschakoff eine Note überreicht, in welcher Oesterreich keineswegs der Türkei das Recht befreit, Verträge in ihrem Interesse abzuschließen, zugleich aber die Abmachungen über den Frieden und Waffenstillstand nur soweit u. solange als nicht zu Recht bestehend zu betrachten erklärt, als bestehende Verträge dadurch alterirt, österreichische Interessen gestreift und nicht neue Vereinbarungen mit den Signaturmächten getroffen seien. Die „Fr. Pr.“ erfährt ferner, daß die diplomatische Aktion in diesem Sinne schon im vollen Gange ist; so habe Graf Andrassy bereits Schritte zur Einberufung einer Konferenz gethan, welche in Wien tagen und die allgemeine europäische Interessen berührenden Punkte der Friedensbedingungen erörtern solle. Die „Presse“ schreibt:

Unter allen Umständen können die Stipulationen, wie sie immer lauten, für die Türkei bindend sein, für die anderen Mächte haben sie bloß den Charakter eines Vorschlages, über den sie sich nicht bloß frei äußern, den sie auch in ihrem Sinne modifiziren können. Dem europäischen Kongresse ist in dieser Hinsicht nicht präjudicirt, wenigstens formell nicht, wenn auch die zwischen der Türkei und Rußland getroffenen Abmachungen immerhin schon ihre Bedeutung haben als Grundlage der eventuellen Kongressverhandlungen. Oesterreich-Ungarn muß insbesondere Werth darauf legen, daß ihm bezüglich des Maßes der den Serben und Montenegro in gewährenden Grenzberichtigung die entscheidende Stimme gewahrt bleibe, daß seine Forderung der Neutralisation der unteren Donau berücksichtigt werde und daß, was die Hauptsache ist, in Bulgarien nicht Zustände geschaffen werden, welche den russischen Einfluß daselbst dauernd oder auch nur für einen längeren Zeitraum etabliren. Graf Andrassy dürfte Gelegenheit nehmen, seine Auffassung über diese Verhältnisse durch eine besondere Note in Petersburg zur Kenntniß zu bringen.“

Und dem „Bester Lloyd“ wird aus Wien, 28. Januar, gemeldet:

Das Auftauchen der Frage der Donau-Neutralisirung ist wahrscheinlich. — Der angekündigte Schritt des Grafen Andrassy in Petersburg bezweckt eine Aeußerung über die Friedensbedingungen und eine Verufung auf das russische Programm, betreffend die Wahrung unserer Interessen. — Die Gerüchte von der angeblichen Erschütterung der Stellung Andrassy's sind erfunden. — Die Präliminarien wurden offiziell mitgetheilt Oesterreich-Ungarn befreit vorläufig die Zulässigkeit einer längeren Okkupation Bulgariens und eines Gebietszuwachses der Basallenstaaten ohne Zuziehung Europas.

Die allermerkwürdigste Rolle spielt aber im Augenblick die Türkei. Der Krieg ist thatsächlich vorbei. Die türkischen Heere sind durch die russischen Waffen und durch eine Unfähigkeit der Führung, die alles Erdenkliche und jemals Dagewesene übersteigt, nicht besiegt, sondern vernichtet. Die Türkei erklärt sich widerstandslos zu Allem bereit, was Rußland fordert. Man kann nach den vorliegenden Nachrichten nicht annehmen, daß noch irgend ein Einspruch von ihr erhoben wird. Aber aus ihrer Schwäche und Nachgiebigkeit hat sie sich eine Waffe zu machen gesucht. Sie hat anscheinend Dinge zugestanden, die Oesterreich und vielleicht auch England nicht akzeptiren wollen. Und so sieht sie mit gekrenzten Armen zu, wie die Ungläubigen sich über ihr Schicksal freuen. Aus dem, was der englische Minister gesagt, sucht Rußland die Skrupel Oesterreichs und vielleicht auch Englands durch Theilungspläne zu beruhigen. Mit welchem Erfolg? das müssen die nächsten Tage lehren.

Die halbamtliche „Provinzialkorrespondenz“ konstatiert in einer Besprechung der Friedensansichten die in der vorigen Woche erwähnte Störung „durch das plötzliche Hervortreten einer größeren Beunruhigung von Seiten Englands“ und schließt ihre Betrachtungen wie folgt: „Der Abschluß des Waffenstillstandes, welcher in Adrianopel, woselbst das russische Hauptquartier am Sonntag (27.) eingedrückt ist, stattfinden soll, hat sich bisher verzögert, — es scheinen dabei vorzugsweise Anstände in Bezug auf die militärischen Bedingungen für den Waffenstillstand obzuwalten.“

Deutschland.

§ Berlin, 30. Januar. Die Resultate der heutigen Sitzung des Herrenhauses lassen sich in wenige Worte zusammenfassen. Die Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung der Landgerichte und Oberlandesgerichte, wurden fortgesetzt, jedoch nicht zu Ende geführt. Zunächst handelte es sich um den Sitz des Oberlandesgerichts für die Provinz Sachsen. Graf zur Lippe veranlaßte eine lange Geschäftsordnungsdebatte, als er zu den Kommissionsanträgen des anderen Hauses ein Amendement einbrachte, nach welchem das Oberlandesgericht seinen Sitz in Magdeburg erhalten soll, ein Antrag, den Herr v. Bernuth nicht als zulässig anerkennen wollte, in- dem sich die Mehrheit des Hauses für Raumburg, nachdem Halle und Magdeburg eine unzulängliche Zahl von Stimmen erhalten hatten. Beim Oberlandesgerichtsbezirk Celle hatte die Kommission gegen den Beschluß des anderen Hauses eine Aenderung gemacht, indem sie das Amt Lauenstein dem Landgerichte Hildesheim zutheilte. Ein Antrag des Herrn Rasch sollte den Beschluß des anderen Hauses wieder herstellen und das fragliche Amt zum Landgerichte Hannover ziehen. Auf Befürwortung des Justizministers Leonhardt, welcher die Differenzen mit dem Abgeordnetenhaus nicht vermehrt zu sehen wünschte, wurde der Antrag Rasch angenommen. Der nächste Differenzpunkt bezog sich darauf, ob Bielefeld oder Minden ein Landgericht erhalten solle. Die Regierungsvorlage stimmt für Minden, das Abgeordnetenhaus für Bielefeld. Die Herrenhauskommission hatte die Regierungsvorlage wieder hergestellt und nach langer Debatte entschied sich das Haus für die Beschlüsse der Kommission, nämlich Minden. Damit war die Debatte beendet, ehe das Haus zum Bezirk des Oberlandesgerichts Kassel überging, wurde ein Verfassungsantrag genehmigt. — Der Legationsrath a. D. Graf Hermann von Arnim-Holtenhofen hat heute in Prenzlau die vom Kammergericht über ihn verhängte vierwöchige Strafbast angetreten. Graf Arnim hat bekanntlich gegen das zweifelhafte Erkenntnis, welches das auf drei Monate lautende Urteil des ersten Richters in dem erwähnten Grade ermäßigte, die Nichtigkeitsbeschwerde nicht eingelegt. Die Verzögerung in dem Haftantritt soll ihre Ursache in der verspäteten Ueberweisung des Beurtheilten von hier nach Prenzlau haben.

Die Nothwendigkeit einer Nachsitzung wird von offiziöser Seite noch immer nicht zugestanden. So schreibt die neueste „Provinzial-Korrespondenz“:

Die Session des preussischen Landtages geht ihrem Ende zu: am nächsten Mittwoch bereits soll der deutsche Reichstag eröffnet werden, dessen Berufung nicht weiter hinausgeschoben werden dürfte. Nur nachgedrungen und mit großer Einschränkung wird eine kurze Zeit des Nebeneinanderstehens der beiden parlamentarischen Körperschaften ins Auge gefaßt werden müssen. Der Landtag wird einen Theil der umfassenderen Gesetzesvorlagen, welche zu seiner Beschlußfassung vorgelegt waren, überhaupt nicht mehr zum Abschluß bringen können: zur Vereinbarung derselben mit beiden Häusern wird, nach Lage der Vorberatungen, ein längerer Zeitraum erforderlich sein, als er für die diesmalige Landtagsession irgendwie noch in Anspruch genommen werden kann. Einige der wichtigeren Vorlagen aber sind einerseits so dringend, andererseits in der Beratung soweit gefördert, daß ihre volle Erledigung noch in dieser Session in bestimmter Aussicht genommen werden kann und muß. Die bedeutendste Stelle unter denselben nehmen die beiden Gesetzesentwürfe zur Ausführung der deutschen Gerichtsverfassung ein: der eine derselben wird in diesen Tagen in beiden Häusern durchberathen sein und es wird nur eine geringe Zahl von Differenzpunkten für die schließliche Ausgleichung unter dem vermittelnden Wirken der Regierung übrig bleiben, — der zweite wird nach gründlicher Vorberatung in der Kommission wohl bis zur nächsten Woche im Abgeordnetenhaus zur Erledigung gelangen, — dagegen wird die Beratung im Herrenhaus und die schließliche nothwendige Verständigung zwischen beiden Häusern noch folgen müssen. Die Durchführung dieser Aufgaben während der diesmaligen Session erscheint als eine unabsehbare Nothwendigkeit, da ohne die Feststellung der in Rede stehenden Gesetze die unerlässlichen, umfangreichen und überaus schwierigen Vorarbeiten zur Ausführung der deutschen Gerichtsverfassung in Preußen in's Stocken geraten würden. Aber auch vom Standpunkte der parlamentarischen Entwicklung ist es dringend geboten, die dem Abschluß nahe gebrachte Lösung der in Rede stehenden Aufgaben, sowie einiger anderer Gesetze, deren dringende Bedeutung allseitig anerkannt ist (wie des Gesetzes über die verwaisteten Kinder u. s. w.) jetzt vollends durchzuführen, um nicht die nächste Session damit zu belasten, für welche anderweitig bereits die größten und bedeutungsvollsten gesetzgebenden Aufgaben in Aussicht stehen. (Fortführung der Verwaltungsreform? Red. v. Hof. Btg.) Wenn von verschiedenen Seiten zur Erledigung der in der Beratung begriffenen Entwürfe eine Nachsitzung nach dem Schluß der Reichstagsession vorgeschlagen worden ist, so findet eine solche Auskunft, abgesehen von sonstigen Bedenken, schon darin ein Hinderniß, daß sich bei der Mannigfaltigkeit und Bedeutung der dem Reichstage zuzulegenden Aufgaben die Dauer seiner Beratungen auch nur annähernd nicht bestimmen läßt, daß mithin eine spätere Session des preussischen Landtags völlig in's Ungewisse gestellt wäre. Die einzige Möglichkeit, die dringenden Aufgaben des Landtags zum Abschluß zu

bringen, bleibt daher eine hoffentlich nur kurze Fortsetzung seiner Thätigkeit neben dem Reichstage; die Durchführung des an und für sich unerwünschten Nebeneinanderstehens wird diesmal im Vergleich mit ähnlichen Vorgängen in früheren Jahren weniger schwer empfunden werden, weil das Schwergewicht der Landtagsarbeit zunächst in die Kommission des Herrenhauses fallen wird, öffentliche Sitzungen der beiden Häuser wohl aber nur noch in geringer Zahl erforderlich sein werden. Die Erkenntniß der dringenden Nothwendigkeit der Aufgabe behufs Durchführung der nationalen Justizreform wird die Schwierigkeiten der parlamentarischen Zwangslage überwinden lassen.

Die „Nat.-Btg.“ bemerkt dazu: Es wird hoffentlich möglich sein, die im Abgeordnetenhaus zunächst noch zu erledigenden Arbeiten bis Ende der nächsten Woche zu bewältigen, so daß alsdann eine stillschweigende Vertagung eintreten kann, bis das Herrenhaus das Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz durchberathen hat. Freilich wird diese Vorlage, wie ein Blick auf den vom Abg. Löwenstein verfaßten Kommissionsbericht zeigt, auch im Abgeordnetenhaus noch reichlich Gelegenheit zu Kontroversen geben, und nur die entschiedenste Selbstbeschränkung kann die Absolvierung der beiden noch ausstehenden Lesungen bis zum 9. Februar ermöglichen.

— Wie man der „Nat.-Btg.“ schreibt, hat der Reichskanzler an die Bundesregierungen das Ersuchen gerichtet, die Ausführungsgesetze zu den Reichsjustizgesetzen, welche in den Einzelstaaten erlassen werden sollen, ihm zur Einsichtnahme vorzulegen.

— Graf Moltke hat, wie das „Schweidnitzer Stadtbl.“ mittheilt, angeordnet, daß auf den in seinem Gutsbezirk belegenen Ortschaften Nieder-Grädig, Creifau und Wierischau sämtliche unbeschäftigte Arbeiter, also Maurer, Zimmerer, Weber u. c. über den Winter mit Arbeiten für Gutsrechnung, bestehend in Wegebesetzung, Land- und Forst-Meliorationen, Reparaturen u. c. versehen werden.

— Im „Vorwärts“ erklärt der sozialdemokratische Geschichtsschreiber der pariser Kommune, Vissagary, an hervorragender Stelle einen Aufruf, in welchem die deutsche Sozialdemokratie aufgefordert wird, energisch für die Befreiung der nach Neu-Caledonien deportirten Mitglieder der pariser Kommune durch Massenkundgebungen einzutreten. Die französische Sozialdemokratie sei zu schwach und gebrochen, um derartige Kundgebungen mit Aussicht auf Erfolg zu inszenieren und die englische dazu viel zu egoistisch. Nur die deutsche Sozialdemokratie könne hier etwas ausrichten. Es heißt diesbezüglich in dem Aufruf:

„Deutschland, das eigentliche Bollwerk des Sozialismus, mit seinen ansehnlichen Arbeiterbataillonen, seiner Parteipresse, den sozialistischen Tagesblättern, Wochenchriften, illustrierten Zeitungen, Deutschland mit seinen gesculden Rednern, mit seinen 12 sozialistischen Abgeordneten, welche von der Nationaltribüne herab den Ruf nach Vereinigung können ertönen lassen, die deutsche Sozialdemokratie mit ihren 600,000 gut disciplinirten und von gesundem Enthusiasmus erfüllten Kämpfern in Stadt und Land, die zur gegebenen Zeit mit der unerbittlichen Gewalt des stürmischen Meeres handeln können, — Deutschland sollte nicht helfen können? Sozialdemokraten Deutschlands! Die Söhne von Paris verstanden es, ohne jegliche Vorbereitung, ohne Schulung als Heiden zu handeln, und Ihr mit Eurer vortheilhaften Organisation, Ihr solltet es nicht verstehen, Sieger zu sein, wenn Ihr es nur wollt?! Was nützt es Euch, daß Ihr hinsichtlich Eurer Zahl, Eurer Disziplin und Eurer die mächtigste sozialistische Armee der Welt seid, wenn Ihr die Tyrannen unbehindert ihre Schlächereien fortführen lasst? Vorwärts! Vorwärts! Sagt nicht: Wir wollen uns noch vorbereiten.“ Ihr seid schlagfertiger, als Ihr es glaubt, und Eure Feinde fürchten Euch mehr als Ihr vermutet. . . . Zeigt Euch! Die Stunde ist gekommen. . . . Laßt Eure Brüder in Caledonien, die für Euch gekämpft haben, nicht hilflos ins Grab sinken.“

Wir bezweifeln nicht, daß die Sozialdemokratie dieses neue Agitationsmittel in Volksversammlungen entsprechend verwerthen wird, aber an einen praktischen Erfolg, wie ihn Vissagary in echt französischer Ueberschwänglichkeit sich versprochen, glaubt selbst die „Germ.“ nicht.

— Der König hat durch Erlaß vom 24. Decbr. v. J. genehmigt, daß zum Zwecke der staatsseitigen Uebernahme der Verwaltung und des Betriebes der zum Unternehmen der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft gehörigen hinterpommerschen Zweigbahnen Stargard-Cöslin-Colberg und Cöslin-Danzig eine der Direction der Südbahn unterstellte Eisenbahn-Kommission vorläufig mit dem Sitz in Stettin errichtet wird.

— Fortschrittliche Organe schreiben: „Zur Herausgabe wohlfeiler politischer Broschüren wurde bekanntlich unlängst von der Fortschrittspartei eine Beitragsaufforderung veröffentlicht. Nachdem aus einigen 70 Orten, in welchen der Gedanke freundliche Aufnahme fand, Beiträge eingesandt worden, hat man dem Vorhaben rasch die That folgen lassen. Die vier ersten Broschüren unter dem gemeinsamen Titel „Politische Zeitfragen“ sind soeben erschienen und werden zusammen gegen Baarzahlung von nur 1 Mk. 30 Pf. durch die Buchhandlung C. Barthel, Berlin S., Alexandrinerstr. 32, verandt. Es sind dies ein Vortrag vom Abgeordneten Hofmann: „Die Volksschule und die höheren Schulen“ (20 Pf.), ein Vortrag über die Sozialdemokratie vom Abgeordneten Eugen Richter (20 Pf.), ein die neueren Verwaltungsgesetze stiftender und kritisirender Vortrag von demselben über Selbstverwaltung und Beamtenregierung (30 Pf.), drei

Parlamentsreden desselben mit Einleitung über die „falsche Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck“ (60 Pf.). Beim partienweisen Bezug, wie solcher sich insbesondere wohl für Bildungs-, Gewerbe-, Handwerker-, Bürger-, Gewerbevereine, politische Vereine eignet, tritt sogar Rabatt bis zu 50 pCt. ein. In dem Maße wie die jetzt gedruckten 22,000 Exemplare Absatz finden, sollen über alle Zeitfragen (Steuern, Freihandel, Gewerbeergänzung, Sozialdemokratie, Kirchliches, Unterricht u.) weitere Broschüren von Belle, Birchow, Hänel, Barisius u. c. folgen. Es wird sich nun fragen, ob unser Bürgerthum für Einbürgerung solcher billigen populären Broschüren ebensobiel Eifer entwickeln wird, wie die sozialistische Partei bei ihrer Kolportageliteratur. Unseres Wissens handelt es sich hier um einen ersten derartigen Versuch von liberaler Seite, dessen Bedeutung allerdings weit über die Kreise der Fortschrittspartei hinausreicht.“

Oesterreich.

Wien, 29. Januar. Der Stand der inneren Krisis ist folgender: Tisza wird beim Parlament alle in der letzten gemeinschaftlichen Ministerkonferenz vereinbarten Ausgleichspunkte durchsetzen, dann der Krone erklären, daß er mit Oesterreich über diese Vereinbarung nur als unabänderliches Ganzes verhandeln könne. Da in Eisleithanien kein Kabinet möglich ist, welches diesen Ausgleich annimmt, wird Ungarn auf seinem früheren Standpunkt stehen bleiben, die ganze bisherige Grundlage verwerfen und die Gemeinshaft des Zoll- und Handelsgebiets kündigen. Hierauf ist Eisleithanien gefaßt. Die erste Folge wird die Aufhebung des Bankstatuts sein. Auch in diesem Falle ist die Wiedereinsetzung des Kabinetts Auersperg nicht unmöglich.

Frankreich.

Das „Mil.-Wochenbl.“ bringt eine kurze Charakteristik des Generals Borel, des neuen französischen Kriegsministers, in welcher es u. A. heißt:

Die politischen Krisen, welche Frankreich in dem eben abgelaufenen Jahre durchzumachen hatte, haben auch die Armee nicht unberührt gelassen; ein zweimaliger Wechsel in der Person des Chefs der obersten Kriegsverwaltung wurde die unmittelbare Folge derselben, obgleich beim Ausbruch der inneren politischen Wirren dieser Posten von einem Manne besetzt war, der, als Soldat jedem Parteigetriebe abhold, nur das eine Ziel verfolgte, die begonnene Reorganisation der Armee zu einem glücklichen Ende zu führen. Dieser Umstand allein formte den General Verhaut auch nach den Ereignissen des 16. Mai v. J. noch an der Spitze des Kriegsministeriums finden, während er in einem Ministerium unmöglich war, das erforderlichenfalls an den Chef der Kriegsverwaltung und durch ihn an die Armee Zumuthungen stellen konnte, denen nach unserer Beurtheilung des Charakters dieses Generals derselbe niemals Folge geleistet haben würde. — General Verhaut gab zum allgemeinen Bedauern der Armee am 23. November 1877 das Portfeuille des Krieges ab und erhielt zum Nachfolger den General Grimaudet de Rochebonet, welcher bis dahin kommandirender General des XVIII. Armeecorps in Bordeaux gewesen war. Die kurze Dauer der Amtsthätigkeit dieses Generals ist bekannt; ihm folgte mit dem liberalen Ministerium Dufaure am 13. Dezember v. J. der General Borel.

Letzterer wird dann als umsichtig, gerecht und jeder Politik innerhalb der Armee feindlich geschilbert. Am Schluß heißt es:

Bemerkenswerth dürfte noch das Urtheil sein, welches General Borel seiner Zeit über die Anstrengungen der nationalen Verteidigung während des letzten Abschnitts im Kriege 1870/71 abgegeben hat: „Man hat vielfach“ — sagte er bei seiner Vernehmung vor der Untersuchungskommission des 4. Septembers — „die Thätigkeit des zivilen Elements bei den militärischen Operationen in falschem Lichte dargestellt; dasselbe gab ausgezeichnete und oft sehr nützliche Fingerzeige. Man muß der Kriegsverwaltung vom 10. Oktober 1870 Gerechtigkeit widerfahren lassen, sie hat ihre großen Verdienste gehabt und geleistet, was damals in materieller Hinsicht nur eben zu leisten möglich war. Innerhalb dieser Verwaltung befand sich eine Persönlichkeit (Mr. de Freycinet), die unter dem bescheidenen Titel eines Kriegsdelegirten bedeutende Leistungen aufzuweisen hat. Die Verdienste dieses Mannes sind niemals anerkannt worden, weil die äußeren Erfolge fehlten; er ist vergessen, der Mann, dem allein wir die Improvisationen unserer Volksheere zu danken hatten. Heere, denen allerdings die moralische Kraft, Disziplin, militärische Instruktion, Selbstvertrauen und feste Organisation fehlten, Eigenschaften, welche aber nur die Tradition gewährleisten kann.“ General Borel hat wohl damals, als er diese Aussage machte, nicht geahnt, daß er mit demselben Mann, über dessen Leistungen er in so anerkannter Weise urtheilte, später einmal in ein und demselben Ministerium sitzen würde; Mr. de Freycinet ist seit dem 13. Dezember Minister der öffentlichen Arbeiten. Wir irren uns wohl nicht, wenn wir voraussetzen, daß innerhalb der französischen Armee der Thätigkeit des Generals Borel als Kriegsminister eine längere Dauer gewünscht wird, als es die seiner letzten Vorgänger war. Wir können uns unmöglich denken, daß ein so häufiger Wechsel in der Person des Chefs der obersten Kriegsverwaltung, wie wir ihn in Frankreich in den letzten Jahren erlebt haben, ganz ohne nachtheilige Folgen für die Entwicklung der Armee gewesen sein sollte, einer Armee, die noch dazu im Stadium der gänzlichen Ummählung sich befindet.

Paris, 29. Januar. Die Rede, welche Gambetta bei dem Bankett, das der Wahlauschuß des Belleville Bezirks ihm zu Ehren

Theater.

Frl. Frisch spielte am Mittwoch die Gräfin Anna in dem vieraktigen Schauspiel „Gustav Wasa oder Maste für Maste“ von Bernhard Scholz. Das phrasenreiche, aber dramatisch ziemlich ungeschickte Stück hat bei seiner ersten hiesigen Aufführung vor noch nicht allzulanger Zeit nur geringen Erfolg gehabt; seine neueste ging vor sehr schwach besetztem Hause von Statten, woran allerdings lokale Umstände Antheil gehabt haben mögen. Die Gräfin Anna ist keine sehr dankbare Rolle. Sie kommt eben so wenig wie die übrigen Personen über vorwiegend patriotischen hinaus und bietet eigentlich nur im dritten Akt vorübergehend Gelegenheit zu schauspielerischer Vertiefung. Hier ist der Gräfin das an sich nicht gerade kurzweilige „Märchen von Gustav Wasa“ in den Mund gelegt, in welchem sie ihrer warmen Begeisterung für den schwedischenelden, der sich ihr als dänischer Graf Trolle genah, Ausdruck geben kann. Derartige epische Elemente, in den Mittelpunkt des Dramas gestellt, wo man Action und nur Action erwartet, sind nicht zu rechtfertigen und keine noch so bedeutende schauspielerische Leistung wird über diesen Fehler täuschen können. Frl. Frisch kolorirte die Erzählung recht hübsch, steigerte ihre Rede geschickt und ertönte dafür den Beifall der Anwesenden. Was die einheimischen Künstler darbieten, gilt zum Theil unter merkwürdiger Unsicherheit, wie denn die Vorstellung überhaupt in Bezug auf Rundung Manches zu wünschen übrig ließ.

Konzert.

Nach längerer, mehrwöchentlicher Pause trat am Mittwoch unsere Sinfonie-Kapelle zum ersten Male wieder vor einem Publikum auf,

das in altgewohnter Weise und in durch den längeren Zeit entbehrten Genuß verstärkter Anzahl sich eingefunden hatte. Hatten die Programme der früheren Konzerte oft zu sehr am liebgeordneten Alten festgehalten, so war diesmal das Programm eines der schönsten und gewähltesten, deren wir uns seit langer Zeit zu erfreuen hatten. Niels W. Gade's vielgehörte aber stets wieder einer vollen Empfänglichkeit versicherte „Nachklänge von Ossian“ mit ihren plastisch schönen, breiten Rhythmen, ihrer ganzen Nordlandsdramatik, die uns die alten Heldengestalten gewissermaßen in Tönen vorführt, eröffnete den Abend und eröffnete ihn auch in Bezug auf die Ausführung Seitens der Kapelle in gelungener Weise. Die später folgende Ouvertüre Mendelssohn's: „Märchen von der schönen Melusine“ ist eine der poetischsten und düsternsten, die je komponirt worden sind. Ueber die Entzückung dieses Werkes zitieren wir Mendelssohn's Zeilen an seine Schwester Fanny vom 7. April 1834: „Ich habe diese Ouvertüre zu einer Oper von Kreuzer geschrieben, welche ich voriges Jahr um diese Zeit im Königsstädter Theater hörte. Sie wurde da capo verlangt und mißfiel mir ganz apart, nachher auch die ganze Oper; aber die Händel nicht, die war sehr lebenswürdig und namentlich in einer Szene, wo sie sich als Hecht präsentiert und sich die Haare macht, da bekam ich Lust, auch eine Ouvertüre zu machen, die die Leute nicht da capo rufen, aber die es mehr inwendig hätte, und was mir am Sujet gefiel, nahm ich, und kurz die Ouvertüre kam auf die Welt, und das ist ihre Familiengeschichte.“ Mendelssohn hatte Recht, seine Ouvertüre „hatte es mehr inwendig“ und eines der lieblichsten Gebilde der schöpferischen Phantasie des deutschen Volkes ist durch diese Ouvertüre Mendelssohn's auch musikalisch in die Erscheinung getreten, und zwar in einem vollendeten Kunstwerke

von monumentaler Bedeutung. Was die Wiedergabe dieser Ouvertüre betraf, so litt sie etwas unter zu hastigem Taktmaße, sie wurde zu offiziell gespielt, das Wiegen und Wogende, das Zaubhafte und Duftige fehlte; das Hauptmotiv, die beiden Sertolengänge, samt stellenweise zur bloßen Begleitungsfigur, verschwommen und kaum hörbar.

Recht gut dagegen wurde gespielt und von zündender Wirkung war Sainz's „Totentanz“, zu dessen näherem Verständnisse in dankenswerther Weise das Programm gefordert hatte, dessen Rückseite das Gedicht mittheilte, das dieser Tondichtung zur Grundlage dient. Diese symphonische Dichtung hat in den letzten Jahren ihren Lauf durch sämtliche größere Konzertsäle genommen und ihre Vorführung hier bei uns war deshalb mit Freuden zu begrüßen. Saint-Saens ist ein Meister, der mit allen Geheimnissen der Kunst vertraut ist, drastisch-malerisch, stets charakteristisch, aber auch stets schön zu gestalten weiß. An geistvoller Ausnutzung des Orchesters und geschickter Leitung der Themen bietet es reiche Lichtblicke. Das Werk ist farbengefällig durch und durch und dabei maßvoll, kein Takt, der der Spannung des Zuhörers Eintrag thäte. Die Wiedergabe durch die Kapelle verrieth das sorgfältigste Studium, sie gereicht Herrn Appold zum Stolz und wird ihm wohl noch öfters den Beifall des gefüllten Hauses bringen. Das „Duett und Finale“ des 4. Aktes aus der Oper: „Die Hugonotten“ gehört zu den Opernfrüggaten, die gewöhnlich von einzelnen Virtuosen auf Wald- und andern Hörnern, wohl auch von den Vertretern der Oboe, Clarinette und anderen Stimmfächern vielfach beliebt werden und vom Publikum beliebt wird. Dazu gehört aber vor allen Dingen eine virtuose Behandlung des betreffenden Instrumentes, sonst klingt denn doch der

verankerte, gehalten hat, wird von der gesammten republikanischen Presse durch uneingeschränktes Lob ausgezeichnet.

„Die Stunde ist für Frankreich noch nicht gekommen, seine Augen in die große Ferne zu richten, noch zu hoch zu erheben“, sagte er. „Der Festigkeit der Seele und dem Heldenmuth, welchen Frankreich während der letzten sieben Monate der Unordnung befandete, ist es zu danken, daß der Sieg des allgemeinen Stimmrechts endlich begrüßt werden konnte. Die Linke werde die nöthige Zeit finden, die Schuldigen zu treffen, aber auch Verbesserungen in der Schule, in dem Steuerwesen, in den öffentlichen Arbeiten, in der Verwaltung und in der Armee zu vollenden und für die Wiederherstellung der Größe Frankreichs thätig zu sein. Die Kammer werde das Ministerium unterstützen, aber auch beaufsichtigen. Der Senat sei nicht zu fürchten. Er werde sich dem Druck der öffentlichen Meinung nicht erfolgreich entgegensetzen können.“

Großbritannien und Irland.

Die persönliche Politik der englischen Königin findet in deren erstem Minister eine hingebende Unterstützung. Die Entfernung der Schwierigkeiten, welche sich der Annahme des indischen Kaisertitels entgegensetzten, trug Disraeli von seiner dankbaren Monarchin den Titel eines Grafen Beaconsfield ein. Die Mitwirkung, welche die orientalische Politik der Königin von dem leitenden Staatsmann erhält, hat in der Auszeichnung eines königlichen Besuches bereits seine Anerkennung gefunden. Allein ein größeres Zeichen dieser Anerkennung steht dem Grafen Beaconsfield-Disraeli noch bevor. Der Rosenbandorden, der stolze Orden der Welt und das letzte Ziel des Ehrgeizes dieses merkwürdigen Mannes, ist ihm angeboten. Kaiser, meint dazu treffend die „Nat. Ztg.“, der die Annahme der Königskrone weigert! Der Ernst der Weigerung ist dubios, vielleicht soll eine That des neuen Kandidaten ihn in die hohe Genossenschaft einführen.

Vom Landtage.

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 30. Januar. 7 Uhr Abends. Am Ministertisch: Staatsminister Friedenthal und verschiedene Kommissare. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission über den Antrag des Abg. v. Meyer (Arnswalde), betr. den Ankauf von Forstländereien. Dieser Antrag will die zum Ankauf von Forstländereien bestimmte Summe in den künftigen Etats möglichst so hoch normirt wissen, daß sie dem Werthe der Grundstücke gleichkommt, welche gleichzeitig vom Domänen- und Forstbesitze des Staats abverkauft werden. Ein Unterantrag des Abgeordneten Grafen v. Matuschka verlangt diese Summe für die nächste Zukunft nicht niedriger als 1.050.000 Mark.

Die Kommission beantragt: die Regierung aufzufordern: A. in der nächsten Session dem Hause der Abgeordneten eine Uebersicht vorzulegen, aus welcher zu entnehmen: 1) wie viel zur Aufforstung bestimmte Ländereien sich zur Zeit im Besitze des Staates befinden, und zwar getrennt, je nachdem dieselben entweder noch gar nicht bepflanzt sind, oder noch der Nachbesserung bedürfen, oder bereits genügend bestanden sind; 2) welche Domänen sich ganz oder theilweise zur Aufforstung zweckmäßig verwenden lassen; 3) in welchem Umfange überhaupt der Ankauf und die Aufforstung von Ländereien zur Erfüllung des Bundeskulturinteresses in den verschiedenen Provinzen noch erforderlich sein wird; B. für das Jahr 1879/80 sowie für die folgenden Jahre im Etat, soweit es die Finanzlage des Staates gestattet, diejenigen Summen auszuwerfen, welche erforderlich sind, um planmäßig und in dem Umfange, wie es das wirtschaftliche Bedürfnis des Landes verlangt, den Ankauf und die Aufforstung von geeigneten Ländereien zu ermöglichen.

Dieser Antrag Abg. v. Meyer (Arnswalde) hinter A. 3. einzufügen: 4) welche Flächen seit dem 1. Januar 1867 alljährlich von den Staatsdomänen respektive Forsten in den einzelnen Provinzen abverkauft oder tauschweise respektive zum Zwecke von Ablösungen abgetreten worden sind, 5) welche Flächen andererseits durch Kauf oder Tausch zur Vergrößerung des Domänen- und Forstbesitzes des Staates erworben worden sind, 6) welche Preise für die sub 4 und 5 bezeichneten Grundstücke in den einzelnen Provinzen summarisch berechnet worden sind und welche Grundsteuererträge — soweit letztere überhaupt schon feststehen — dieselben repräsentiren. B. 2) die sub A. 4 und 6 aufgestellte Uebersicht alljährlich durch Entrichtung der Resultate des letzten vorangegangenen Rechnungsjahres zu vervollständigen und von Neuem vorzulegen.

Abg. v. Sedlitz-Nentrich beantragt, die Worte des Kommissionsantrages: „soweit es die Finanzlage des Staates gestattet“ zu streichen. Abg. v. Benda tritt dem entgegen, beantragt aber, den Schlußsatz des Meyer'schen Antrages, welcher eine jährliche Vorlage der Statistik fordert, als überflüssig zu streichen. Abgeordneter v. Meyer (Arnswalde) begründet seinen Antrag, dessen Annahme er im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Forst- und Domänenpolitik für notwendig hält.

Abg. Richter (Hagen) beantragt, die Statistik, welche der Meyer'sche Zusatzantrag fordert, auf die Forstgrundstücke zu beschränken, weil das Domänenwesen mit dem Forstwesen nichts zu thun habe. Redner warnt außerdem davor, hebor die Statistik vorzulegen, allgemeine Schlüsse zu ziehen, da die Sache sich in den verschiedenen Landestheilen verschieden gestalte. Er werde gegen den Meyer'schen An-

trag stimmen. Seinen Antrag habe er nur für den Fall gestellt, daß der letztere Antrag angenommen werde.

Regierungskommissar Landforstmeister Urici stellt die geforderte Statistik für die nächste Session in Aussicht. Nachdem der Redner Abg. v. Sedlitz den Kommissionsantrag dahin erläutert hat, daß in erster Linie das Landeskultur Interesse berücksichtigt werden solle, und der Zusatz „soweit es die Finanzlage des Staates gestattet“ nur aufgenommen worden sei, um den Finanzen des Staates in gewissem Grade Rechnung zu tragen, zieht Abg. v. Sedlitz seinen Antrag auf Streichung dieser Worte zurück. Hierauf wird der Antrag Richter abgelehnt und der Kommissionsantrag mit dem von Meyer'schen Zusatzantrag angenommen.

Es folgt der Bericht der Budgetkommission über den Antrag der Abgeordneten Bilet und Dr. Sumar (Adeltau), betreffend die Ueberweisung des dem älteren landwirtschaftlichen Verbände des Großherzogthums Posen früher gewährten, jetzt zurückgezählten Kapitals von 600.000 Mark an die Hilfskasse der Provinz Posen.

Die Kommission beantragt, die Regierung aufzufordern, die Gründung eines Kreditinstituts für den kleineren Grundbesitz in der Provinz Posen möglichst im Anschluß an die bestehende Landwirtschaft und nöthigenfalls durch Bewilligung eines unverzinslichen Darlehns von 600.000 Mark zu fördern.

Abg. Bilet plaidirt für Annahme des ursprünglichen Antrages, welcher Ueberweisung der 600.000 Mk. an die Hilfskasse der Provinz Posen fordert, mit der Maßgabe, daß dieser Fonds für die Kreditbedürfnisse des kleinen Grundbesitzes verwendet werde. Dieses Verlangen sei um so berechtigter, als der gleiche Betrag bereits früher dem landwirtschaftlichen Verbände von Posen zinsfrei gewährt worden sei.

Staatsminister Dr. Friedenthal empfiehlt den Antragsteller, die Angelegenheit in der nächsten Generalversammlung der Posener Landwirtschaft noch einmal erörtern zu lassen. Derselbe möge beschließen, daß eine außerordentliche Delegation für die Provinz Posen notwendig sei und dies dem landwirtschaftlichen Minister mittheilen; derselbe werde dann die Sache im Staatsministerium befürworten.

Abg. Hundt v. Hafften spricht für den Kommissionsantrag und giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß diesmal die Abgeordneten der Provinz Posen in einer rein wirtschaftlichen Frage seien ohne Unterschied der Nationalität, der Konfession und des Standes. (Heiterkeit.)

Der Antrag Bilet wird abgelehnt, der Kommissionsantrag unverändert angenommen. Schluß 10 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Reklamationen, Gesets, betreffend die Befugniß des bishöflichen Kommissars und betreffend die Unterbringung verwahrter Kinder.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 31. Januar.

Das Aeltesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat den Kreisgerichts-Direktor in Kosten, Herrn Weisert, nat-liberales Mitglied des Abgeordnetenhauses für Sagan-Sprottau, wie Berliner Blätter melden, zum Syndikus der Kaufmannschaft erwählt. Derselbe hat die auf ihn gefallene Wahl angenommen. Die Stelle ist mit einem Gehalt von 10.000 M. dotirt worden.

Um einen Vortrag des sozialdemokratischen Literaten Max Schlesinger aus Breslau anzuhören, war durch Säulenansätze für gestern Abend nach dem Herfortschen Saale eine Volksversammlung berufen worden. Die „Einberufer“ hatten besonders die Gegner des Sozialismus eingeladen und ihnen vollständige Redefreiheit zugesichert. In Folge dessen fanden sich die hiesigen Anhänger der Max Hirsch'schen Gewerksvereine veranlaßt, gehörig gerüstet in der Versammlung zu erscheinen, und zu diesem Zwecke hatten sie sich zwei Redner-Literaten verschrieben, doch blieb der Berliner Sprecher aus, da, wie es hieß, der Zug entgleist war. Die beiden Arbeiterpartien (zu den hiesigen Sozialdemokraten gehören besonders Zigarrenarbeiter) waren ziemlich gleich stark vertreten, auch polnische Arbeiter, vermutlich Mitglieder von Gewerksvereinen nahmen an der Versammlung Theil, außerdem hatten sich eine Anzahl Wisbegieriger eingefunden, die nicht den Arbeitern des vierten Standes angehören. Etwa 500 Personen standen und saßen, fest eingeleit, in dem mächtig großen Saale, im Vorzimmer und selbst auf dem Haustruß. Matt flackerten die Gasflammen in dem rauchgefüllten Lokale und bald entstand eine tropische Hitze. Die Polizei war durch den Polizeikommissar Olafemann, einen Kommissarius, der am Vorstandstische Platz nahm, und einen Schutzmann vertreten.

Kurze Zeit nach 7½ Uhr eröffnete Zigarrenarbeiter Falkenherr die Versammlung, hat dieselbe um mögliche Ruhe, damit jeder Redner verständlich werden könne, und forderte die Versammlung auf, einen Vorsitzenden zu wählen. Sofort erhob sich ein müstler Kärm, da die Sozialdemokraten den Namen Neubauer, die Gewerksvereiner den Namen Mehler riefen. Nachdem Redakteur Schlesinger aus Breslau durch geschicktes Zureden die Menge besänftigt hatte, wurde zur Wahl geschritten und zunächst über Herrn Neubauer abgestimmt, für den sich zahlreiche Hände erhoben. Kärmend wurde nun die Gegenprobe verlangt. Wieder stand Herr Schlesinger auf und wies darauf hin, daß eine politische Auf-

lösung, welche eintreten würde, wenn die Versammlung in diese Weise fortfahre, für beide Parteien nachtheilig sein werde. Man mache den Arbeitern vielfach den Vorwurf, sie seien roh, und wüßten sich nicht zu benehmen; im Namen der Arbeiter jedoch müsse er hiergegen protestiren. Wer auch zum Vorsitzenden gewählt werde, er werde die Aufgabe haben, die Versammlung unparteiisch zu leiten. — Nachdem auch ein Maurerpolier in gleichem Sinne gesprochen, wurde nun über Herrn Mehler abgestimmt, für den sich gleichfalls zahlreiche Hände erhoben. — Am endlich zum Ziele zu gelangen, schlug Herr Schlesinger vor, es möchten, da die Majorität nicht klar sei, sowohl Zigarrenarbeiter Neubauer als Tischlergehilfe Mehler gemeinsam den Vorsitz führen. Dies geschah auch, und zwar in der Weise, daß, wenn ein Redner der Sozialdemokraten sprach, Herr Mehler die Versammlung leitete, sprach dagegen ein Redner der Gewerksvereiner, so führte Herr Neubauer den Vorsitz. Zu Beistimmen wurden Zigarrenarbeiter Jablonowski und Schlosser Kochanowski gewählt.

Hierauf begann Herr Schlesinger seinen angekündigten Vortrag über das Thema: Wodurch ist der gegenwärtige Nothstand hervorgerufen und wie ist er zu beseitigen? Redner ging davon aus, daß gegenwärtig der Arbeiter unter einem Nothstand leide, da er nicht so viel verdiene, wie vor 3 bis 4 Jahren, und überhaupt schwerer als damals Arbeit bekommen könne. Der Grund liege im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft. Es werde mehr produziert, als abgesetzt werden könne, dadurch würden die Preise der produzierten Gegenstände herabgedrückt, die Löhne herabgesetzt und Arbeiterentlassungen herbeigeführt. Es fehle gegenwärtig also nicht, wie bei den Nothständen früherer Zeiten, an Lebensmitteln zc., aber wohl fehle es den Arbeitern an Geld, um die Waaren kaufen zu können. Die Zeit der Ueberproduktion habe nach dem Kriege von 1870/71 begonnen. Die 5 Milliarden seien von den einzelnen Staaten vornehmlich dazu benützt worden, ihre Schulden zu bezahlen, so daß eine große Menge von Kapitalien für Unternehmungen frei wurden. Die Gründungen und Aktiengesellschaften traten in Masse auf, man produzierte mehr als gebraucht und bezahlt werden konnte, weshalb Preise und Löhne wieder sanken. Durch die Annektierung von Elsaß-Lothringen, welches früher seine zahlreichen industriellen Produkte nach Frankreich absetzte, sahen sich die Fabriken dieser beiden neuen Provinzen, welche wegen des hohen Eingangszolls ihre Produkte nicht mehr nach Frankreich absetzen konnten, genöthigt, Absatz in Deutschland zu suchen, besonders für die Produkte der Textil-Industrie. Da aber im übrigen Deutschland genug derartige Waaren produziert werden, so stellte sich demnach eine Ueberproduktion heraus, die Produkte sanken im Preise, die Löhne wurden herabgesetzt und zahlreiche Arbeiter-Entlassungen fanden statt. — Ein dritter Grund des Nothstandes sei in den Steuerverhältnissen begründet. Unzweifelhaft müßten die Steuern, welche der Staat brauche, aufgebracht werden, doch könne man wohl eine gerechte Vertheilung derselben verlangen, und zwar so, daß sich dieselbe nach dem Einkommen richte und der Arme gar keine Steuern zu zahlen habe. (Lebhafter Beifall.) Durch das jetzige System der indirekten Steuern aber, welche fast von allen Gegenständen erhoben würden, werde gerade der Arme unverhältnismäßig belastet. Eine derartige ungerechte Steuer ruhe z. B. auf dem Salze; gerade davon brauche der Arme viel; denn fehle ihm das Fett zur Suppe, dann müsse er mehr Salz dazu nehmen. (Lebhafter Beifall.) Es werde nicht eher der Nothstand aufhören, als bis wir ein Steuersystem haben, durch welches der Arme mehr als bisher verschont werde; ein solches System sei nur das der direkten Einkommensteuern. — Auch durch die jetzigen Militär-Einrichtungen, welche gewaltige Summen kosten, werden die Löhne vermindert und dadurch der Nothstand gesteigert. — Es frage sich nun, wie der gegenwärtige Nothstand zu beseitigen sei. Unzweifelhaft werde eine Erleichterung eintreten, wenn das bisherige Steuersystem geändert, weniger kostspielige Militär-Einrichtungen eingeführt und die Zuchtarbeit, sowie die Arbeit der Frauen und Kinder beschränkt, resp. beseitigt werde. Auch der Finanzminister Camphausen habe vor etwa zwei Jahren bei den Verhandlungen über das Reichsbankgesetz einen Vorschlag zur Beseitigung des Nothstandes gemacht, indem er meinte, unsere Industrie arbeite zu theuer; es müßten daher die Arbeiter weniger Lohn erhalten, aber die Arbeitszeit gesteigert werden. Gemäß diesem Rezept haben denn auch überall bei königlichen Anstalten, bei Staats-Eisenbahnen zc. Lohnherabsetzungen, Steigerung der Arbeitszeit, und in Folge dessen Arbeiterentlassungen stattgefunden, und dieses Beispiel sei auch von den schon durch die Konkurrenz gezwungenen Privaten nachgeahmt worden. Sei nun dadurch der Nothstand beseitigt worden? (Rufe: Nein! Nein!) Der Arbeiter habe in Folge seiner geringeren Einnahmen auch weniger verausgaben können, er habe an Lebensmitteln und Kleidung sparen müssen, und dadurch habe auch der Gewerbetreibende und Kaufmann Schaden, indem er nun weniger absetze; so sei durch Befolgung des Camphausen'schen Rezeptes der Nothstand auf die ganze Gesellschaft übertragen worden. — In Folge der schlechteren Ernährung aber hätten sich auch die Gesundheitsverhältnisse des Arbeiterstandes verschlechtert, die Sterblichkeit besonders der Kinder der Arbeiter habe außerordentlich zugenommen, indem nachweislich ein großer Theil dieser Kinder schon im ersten Lebensjahre sterbe; auch seien einzelne Gegenden, so in Oberschlesien, vom Hungertypus heimgesucht worden. In allen diesen Leiden sei nur die Lohnherabsetzung nach dem Camphausen'schen Rezept schuld. (Beifall.) Zur Beseitigung des Nothstandes sei demnach, nächst den bereits angegebenen Mitteln, auch eine Aufbesserung der Löhne nothwendig. Alle vorgeschlagenen Mittel würden nichts fruchten, wenn mit der bisherigen Planlosigkeit weiter gearbeitet und produziert werde. Dieser Planlosigkeit der Industrie, durch welche eben die Ueberproduktion herbeigeführt werde, könne nur durch eine einheitliche Leitung der Produktion durch den Staat, der ja auch der Gesamtheit der Angehörigen desselben bestes, abgeholfen werden. Dies sei das Ideal der Sozialdemokratie, nach dessen Verwirklichung gestrebt werden müsse.

Zwiegesang zwischen Raoul und Valentine zu hören. Die Suite C-dur von Raff bildete den zweiten Theil des Konzerts. Das schöne Werk erfreute sich einer guten Wiedergabe, von den fünf Sängern ragen durch Kunst der erste Sag mit seiner Fuge, durch wohlthuende Klangschöne das Meunet, durch muntere Laune das Scherzo hervor, während der letzte Sag „Marsch“ durch sein schönes pathetisches, im Wagner'schen Geiste gedachtes Motiv hervorleuchtet. Auch diesmal dürfte Herr Appold wieder die Bemerkung gemacht haben, daß es zwar Mode ist, die längsten, ausgedehntesten und der frischsten Empfänglichkeit nicht nur würdigen, sondern auch bedürftigsten Nummern zum Schluß zu bringen, daß aber alle Zeichen beginnender Ermüdung sich frei von aller Mode einstellen, wie es schon bei unferen Altvordern gewesen sein soll und daß dadurch gerade das Gute und Beste oft leidet.

* Ueber die Festlichkeiten, welche sich an die Vermählung des Königs Alphonso anschlossen, wird der „R. Ztg.“ aus Madrid, 26. d., berichtet:

Die Illumination der Hauptstadt, welche sich seit dem 23. d. jeden Abend wiederholt, läßt nach hiesigen Begriffen nichts zu wünschen übrig. Es ist jedenfalls eine ungeheure Menge Gas verschwendet worden; ob damit insofern große Effekte erreicht wurden, mag dahin gestellt bleiben. Ein Gleiches gilt von den Feuerwerken, die an der Puerta de Bilbao und an der Fuente de la Cibele abgebrannt wurden. Sie brachten weder etwas Neues noch etwas Bemerkenswerthes, dagegen außerordentlich viel, und das ist ja gerade, was den Spaniern imponirt. Die Nobilität, welche einem guten Theile des Volkes innewohnt und durch allerbund blutige, mit der modernen Zivilisation und dem Thierschutz im Widerspruch stehende Schauspiele sorgfältig gepflegt wird, mußte sich natürlich auch Luft machen. Von rüchser Hand wurde nämlich in der Calle de Tragueros, welche

auf den Prado mündet, am 23. um 8 Uhr Abends, als sich ganz Madrid dort an der Beleuchtung erfreute, ein Geschloß so unglücklich geworfen oder gelegt, was bis jetzt noch nicht festgestellt ist, daß beim Explodiren desselben eine 57jährige Frau auf der Stelle todt blieb, während ihre Begleiterin und ein siebenähriges Kind schwer verletzt wurden. Außer den Verwundungen, die dem Volke im Allgemeinen geboten werden, sind den Beamten im Besondern und unter diesen wieder dem Militär gelegentlich der Heirat große Auszeichnungen zu Theil geworden. Lange Spalten in der „Gaceta“ sind mit den Namen der Glücklichen gefüllt, denen Orden verliehen oder die befördert wurden. Am Nachmittag des 24. empfing das Königspaar die Minister, die Granden von Spanien, die hohe Aristokratie, die Generalität, die Korles, den Senat und sämtliche aus den Provinzen hier eingetroffene Deputationen, wobei den Damen Gelegenheit geboten wurde, sich in ihren prächtigsten Toiletten zu zeigen. Drei Stunden später stieg Herr Louis Gobard, den der Stadtrath von Madrid dazu berufen hatte, im Campo de Moro in einem Ballon auf. Diesem Schauspiel wohnten selbstverständlich Tausende bei; es fand sich aber merkwürdiger Weise kein Spanier, der die Reise mitmachen wollte. Des Abends gab es wieder Festvorstellungen in sämtlichen Theatern. Am 25. sollten die Neuwahlen um 9 Uhr Morgens den Prado besuchen, wo jede Provinz einzelt hatte aufschlagen lassen, welches einige ihrer Bewohner in der Nationaltracht barg. Der Besuch der Majestäten unterließ aus Gründen, die bis jetzt nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind, aber das zahlreiche versammelte Volk ergabte sich darum nicht weniger an dem eben so interessanten als originellen Schauspiel. Um 12 Uhr Mittags begann endlich die von Allen mit so großer Spannung erwartete Corrida. Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die Plaza de Toros reichlich geschmückt und bis auf den letzten Platz gefüllt war. 17 Espadas (Matadores), 27 Picadores und 48 Banterillos waren aus allen Theilen der Halbinsel herbeigeeilt, um das nationale Fest zu verherrlichen und die vier Caballeros en Plaza vor sicherem Untergange zu bewahren. Diese in Sammt und Seide gekleideten und mit Lanzen bewaffneten Ritter, welche uns an die Stiergefechte

auf dem Beginne des vorigen Jahrhunderts erinnern sollten, zeichnen sich durch eine so gewaltige Dosis von Angst und Schrecken aus, daß sie keinen Anspruch darauf haben, in irgend einer Weise als legitime Abkommen jener Tappern betrachtet zu werden. Nichts Günstigeres ist von den Hellebardieren des königlichen Palastes zu berichten. Dieselben hatten einen Ausgang der Plaza zu bewachen und sollten eventuell dem Stier beim Verankommen ihre Hellebarden entgegenhalten. Obgleich nun die Stiergefechte mit ihren Capas geschickt manövirten und jede Bewegung des Stiers mit der Leibwache Sr. Majestät zu vermeiden eifrig bestrebt waren, so fielen doch drei Hellebardiere vor Schreck um, als sich das wüthende Thier in ihrer Nähe zeigte. Im Uebrigen verlief das Schauspiel wie alle anderen derselben Art, sieben Stiere wurden getödtet, wonach der König die Corrida aufhob. Glänzend war der Anblick, welchen gestern Abend das königliche Theater während der Gallavorstellung bot. Die Logen gefüllt mit Damen in den verschiedensten und kostbarsten Gewändern, das Parterre mit Militärs und anderen Sterblichen in Uniform oder im Frack, in beiden Fällen indeß mit Orden geschmückt, genährten ein sehr interessantes Bild. Zur Aufführung gelangte eine Kantate des Komponisten Arrieta und eine neue Oper, Roger de Flor, des Meisters Chapi, den die Spanier in ihrer Beschcheidenheit neben Wagner stellen. Dieselbe soll nach der Kritik ein Musterwerk sein, schon weil sie einen Spanier zum Komponisten hat, denn hier schätz man das Nationale über Alles. Ich will mir nach dieser ersten Aufführung, die unter dem Mangel an genügenden Proben litt, noch kein Urtheil erlauben und nur im Vorbeigehen bemerken, daß zwischen dem 1. und 2. Akt das Haus fast vollständig leer wurde. Heute findet eine zweite Corrida statt und des Abends abermals Gallavorstellung im königlichen Theater.

Nur durch Verwirklichung der Ideen der Sozialdemokratie werde der Friede herbeigeführt und der Nothstand beseitigt werden; dann würden die Worte des Ewangeliums in Erfüllung gehen: Friede sei auf Erden Allen, die eines Willens sind. (Lebhafter Beifall)

Nach dieser Rede wurde eine Pause von 5 Minuten gemacht und alsdann, nachdem sich mehrere Redner zum Worte gemeldet, festgesetzt, daß immer ein Redner gegen, dann ein Redner für die von Herrn Schlessinger entwickelten Ansichten sprechen solle. Zuerst sprach Redakteur Simon aus Br. Stargard, welchen die hiesigen Ortsvereine ausdrücklich berufen hatten. Raum begann derselbe jedoch mit der Bemerkung, es thue ihm leid, daß Herr Schlessinger seine Ansichten auf unrichtige Behauptungen begründet habe, so erhob sich ein mächtiger Lärm, der nur mit Mühe beschwichtigt werden konnte. Alsdann wies Hr. Simon darauf hin, daß die 5 Milliarden vornehmlich dem Reichsinvalidenfonds zugewiesen und zur Ausfüllung der durch den Krieg im Heere entstandenen Lücken, sowie zu anderen Zwecken verwendet worden seien. Eine tüchtige Militärmacht gegenüber dem alten Erbfeinde, welcher den letzten Krieg freiwillig heraufbeschworen, sei durchaus notwendig (Großer Lärm). Was aber die Ueberproduktion in der Grubereise betreffe, so hätten sich die Arbeiter ja selbst an derselben beteiligt und die durch diese Ueberproduktion herbeigeführten hohen Löhne gern entgegengenommen. Was ferner die Eroberung von Elsaß-Lothringen betreffe, so müsse jedem Deutschen die Schamröthe ins Gesicht steigen, wenn etwa gesagt werde, wir seien dazu nicht berechtigt gewesen (Großer Lärm), nachdem in früheren Zeiten Frankreich uns ein Land nach dem anderen genommen; durch den Besitz von Elsaß-Lothringen sei die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands erheblich erhöht worden. Der vom Vordröner hervorgehobene Nothstand sei übrigens überall, auch in Frankreich, Nord-Amerika u. c., nicht bloß in Deutschland, vorhanden. In Betr. der Steuer-Verhältnisse habe der Vordröner nicht gefagt, auf welche Weise der Staat seine Bedürfnisse decken solle. Die Militär-Verhältnisse würden sich schwerlich ändern lassen, da das Eindringen des Feindes ins Land, auch nur auf kurze Zeit, mehr kosten würde, als die Heereslasten selbst während zehn Jahren. Ob die Dienstzeit vielleicht um ein Jahr vermindert werden könne, das sei eine technische Frage, die von Nicht-Sachverständigen nicht erörtert werden könne. — Unzweifelhaft getreibe die Frau ins Haus, das Kind in die Schule; auch die Gewerbe-reine seien beschränkt, die Frauen- und Kinderarbeit zu beschränken resp. zu beseitigen, ebenso die Arbeitszeit herabzusetzen. — Wenn der Vordröner zum Schluß die Worte des Evangelium angeführt habe, so hätte das Auftreten der Berliner Sozialdemokraten in voriger Woche gezeigt, daß vom Evangelium bei ihnen keine Rede sei. — Was die erwähnten Worte Campbause's betreffen, so sei nicht nachgewiesen, daß er sie wirklich gesprochen; und wenn er sie gesprochen hätte, so seien sie jedenfalls unglücklich gewählt gewesen; jedenfalls hätten sich dieselben nur auf die damals brachliegende Montan-Industrie bezogen. Auf welche andere Weise aber dem Darniederliegen der Industrie abgeholfen werden könne, das sei von keinem anderen Redner gefagt worden. Vordröner habe auf die große Sterblichkeit der Arbeiterkinder hingewiesen; jedoch auch die Kinder der Reichen stürben nach einem bestimmten Naturgesetze in großer Anzahl während des ersten Lebensjahres. Wenn der Staat die Produktion in die Hand nehmen werde, würden sich vielerlei weit größere Uebelstände herausstellen, vor Allem das durch die Konsumen hervorgerufene Fortschreiten gehemmt werden. (Die ferneren Worte des Redners, der unter Anderem auch von einem schönen, einigen Deutschland sprach, wurden durch gewaltigen Lärm überhört) — Herr Neubauer (Sozialdemokrat) wendete sich als Vorkämpfer zunächst gegen die Worte des Vordröners: schönes einiges Deutschland, indem er zwar die Einnahme geltend ließ, aber unter den jetzigen Verhältnissen die Schönheit bejauferte.

Herr Schlessinger, welchem der nächste Redner, Herr Grün, das Wort abgetreten hatte, bat zunächst die Versammlung, die Redner nicht immer durch Lärm zu stören, da dies so aussehe, als fühle man sich zu einer wirklichen Entgegnung zu schwach. Redner führte alsdann aus, daß ein großer Theil der 5 Milliarden wirklich an die Einzelstaaten zur Bezahlung ihrer Schulden abgeführt worden sei, machte geltend, daß die Nothlage in anderen Ländern kein Gegenbeweis gegen die von ihm aufgestellten Behauptungen sei, hob hervor, daß er die Progressivsteuer für die einzig gerechtfertigte halte, und wies auf die Widersprüche hin, in welche sich der Vordröner in Betr. der Worte Campbause's verwickelt habe. (Großer Lärm). Der Finanzminister habe diese Worte wirklich gesprochen, dieselben seien von der Fortschrittspartei nicht getadelt worden, indem Eugen Richter gefagt habe: Alle Achtung vor einem Finanzminister, der eine so unpopuläre „Wahrheit“ offen ausspricht. Daß die Sterblichkeit der Arbeiterkinder eine größere sei, als die Kinder der besser Situirten, davon könne sich Jeder überzeugen, der die Nase in das Buch stecken wolle. (Beifall und Lärm). Für die Abschaffung resp. Beschränkung der Zuchtbaus-, Frauen- und Kinderarbeit seien die Sozialdemokraten weit eher eingetretener, als die Gewerbe-reiner, die ja erst später zusammengetreten seien. Der Hauptunterschied zwischen Sozialdemokraten und Gewerbe-reinern bestehe darin, daß jene für die berechtigten Forderungen der Arbeiter mit Energie eintreten und dadurch es erreicht haben, daß man bereits vielfach bemittelt sei, die von ihnen bezeichneten Uebelstände zu beseitigen. Redner schloß damit, daß die Arbeiterpartei vor Allem entschlossen vorgehen müsse. (Beifall, großer Lärm und Pfeifen.)

Herr Simon erklärte, es würde leicht sein, die Behauptungen des Herrn Schlessinger zu widerlegen, doch nehme er davon Abstand, da die Zeit schon zu weit vorgeschritten sei. — Es ergriff schließlich noch Redakteur Wiener von hier das Wort. Als er jedoch darauf hinwies, daß die Stripes der Sozialdemokraten ja auch die Nothlage der Arbeiter nicht beseitigt hätten, erhob sich ein so mächtiger Lärm, daß der anwesende Polizeikommissarius, da die Versuche des Vordröners die Ruhe wiederherzustellen, sich fruchtlos erwiesen, sich genöthigt sah, die Versammlung zu auflösen. Dieser Erklärung wurde noch, als die Anwesenden sich nicht entfernten, durch die Androhung Nachdruck gegeben, daß Militär requirirt werden würde, worauf die Menge langsam den Saal verließ. Einer der Arbeiter, welcher die Arbeiter-Marschälle zu singen begann, wurde durch den Schutzmann herausgebracht. Die Versammlung erreichte auf diese Weise 10 Uhr Abends ihr Ende.

Nach dem Schluß der Volksversammlung fand eine A u s s e h u s s f u n g der Gewerbevereine statt, in welcher Redakteur Dujarski, der unterdessen aus Berlin eingetroffen war, einen Vortrag hielt und die Gegensätze der beiden Arbeiterparteien erörterte.

r. Dem früheren Direktor des Luisenstiftes, Dr. Barth, wurden vor einigen Tagen durch mehrere der 20 Schulvorsteherinnen, die in hiesiger und anderen Provinzen neue Schulen errichtet und ihre erste pädagogische Bildung in dem hiesigen, vom Direktor Barth gestifteten Lehrerinnen-Seminar erhalten haben, eine silberne, innen vergoldete, graviert Schale als Zeichen ihrer dauernden dankbaren Erinnerung überreicht. Diese Schale war um so lieber alsender, als die Geberinnen schon zu den Ehrengaben, welche dem hochverdienten Schulmanne bei seinem Austritte aus dem Staatsdienste zu Theil wurden, mit beigetragen hatten.

r. Auf der fünften Konferenz der Direktoren der höheren Lehranstalten unserer Provinz kommen, wie neulich mitgetheilt, auch die beiden Thematata zur Besprechung, welche auf der vierten Konferenz nicht erörtert worden sind. Für das Thema: Ueber die praktische Ausbildung der Schulamtskandidaten, ist, wie wir jetzt hinzufügen müssen, Referent Gymnasialdirektor Dr. Beckhaus, Korreferent Gymnasialdirektor Dr. Schwarz; über die Frage: ob die bisherige Form der Direktoren-Konferenzen, namentlich die Vorbereitungen derselben, eine geeignete oder zu modifizierende sei, wird Gymnasial-Direktor Dr. Schwarz referiren.

r. Die Schüler hiesiger höherer Lehranstalten, welche, wie bereits mitgetheilt, wegen Wirthshausbesuches bestraft worden sind, haben nicht, wie polnische Zeitungen berichten, in echt „deutscher“ Weise „geknöpft“, sondern nur in verschiedenen Lokalen Billard gespielt und sind dabei zum Theil von den betr. Wirthen selbst zum Schuldenmachen veranlaßt worden.

r. Der hiesige Landwehr-Gesangverein hat an Carl v. Holtei an seinem 80-jährigen Geburtstag folgendes Telegramm abgefaßt: „In der heutigen Generalversammlung bringen Sängler und Verehrer der schlesischen Dichtungen dem hochverdienten Jubelglobe zu seinem 80. Geburtstage den herzlichsten Glückwunsch dar.“

W r o m b e r g, 29. Januar. [Ortsnamenveränderungen.] Im Kreise Wromberg sind in den letzten Jahren folgende Ortsnamen nach amtlicher Zusammenstellung umgeändert worden: Sandau (Aleksandrowo), Weissensee (Wialasee) Kiebitzbruch (Wiedachowo), Brennenhof (Bocianowo), Berg-im-Bergmühle, Müllershof (Wiedachowo), Bleichfelde (Bielawy), Brabnau (Czerst), Jäckerhof (Czyslowe), Wilhelmsthal (Czyslowe), Kleinau (Czyslowo), Eichenau (Dembinke), Eltendorf (Dombrowo, Gr.), Mittenwalde (Dombrowo, Kl.), Grünbach (Deutsch Czerst), Neuboh (Drewnianowo), Adlers ort (Gorajstowo), Falkenburg (Jastrzebie), Grünsee (Jeziorze), Karlsdorf (Kapuszko, Kl.), Gatenpohl (Kardjonia), Klarheim (Kotomierz), Ludwigs (Kozal), Rohrbeck (Kopyniow), Rubbrück (Krowa), Wilhelmsthal (Kl. Sztyno), Kleinwalde (Krynka), Fichtenau (Marcellewo), Frieberg (Mrujan), Neuhelm (Neu-Dombrowe), Obeneide (Ofnowogora), Diterane (Ditorowo), Friedrich-Wilhelms-Mühle (Dtorowo Mühle), Grünwalde (Bred), Ludwigsfelde (Bredin), Erone a. B. (Polnisch-Erone) Cronthal (Polnisch-Erone, Vorstadt), Grünwerder (Brylantki Dkrom), Graeg a. d. Weichsel (Brylantki, Deutsch), Weichselthal (Brylantki, Polnisch), Rosengrund (Rosanna), Schönborn (Kupienice), Schwebenbühl (Schwedrowo Alt), Schwedenthal (Schwedrowo, Neu), Schwebenbühl Vorwerk (Schwedrowo, Vorwerk), Rabenhof (Stefanowo), Bergfeld (Tramentowko), Hohenhausen (Trzebin), Schönberg (Trcinice), Sofeld (Trzeciemie, Colonie), Frieddorf (Ugoda), Brinzenthal (Wilczak, Gr.), Schleutau (Wilczak, Colonie), Frieddorf (Wierzochow, Adl.), Hohenfelde (Wierzochow), Birkhausen (Wilcze), Lindau (Widynel), Thalheim (Zamczko).

Aus dem Gerichtssaal.

s P o s e n, 31. Januar [Prozeß wegen Aufforderung zu einem Münzverbrechen.] Heute kam vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts die Anklage gegen den Kaufmann D. zu Posen wegen Aufforderung zu einem Münzverbrechen auf Grund der §§ 49 und 146 des Strafgesetzbuchs zur Verhandlung. Diese Paragraphen lauten: „Wer einen Anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen auffordert, wird, soweit nicht das Gesetz eine andere Strafe androht, wenn das Verbrechen mit einer geringeren als lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Es wird jedoch das lediglich mündlich ausgesprochene Auffordern nur dann bestraft, wenn die Aufforderung an die Gewährung von Vortheilen irgend welcher Art geknüpft worden ist.“ Ferner: „Wer inländisches oder ausländisches Metallgeld oder Papiergeld nachmacht, um das nachgemachte Geld als echtes zu gebrauchen, oder sonst i. Verlehr zu bringen, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.“ Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Der Buchdruckereibesitzer Wolff zu Weuthen erhielt im vorigen Jahre einen Brief, datirt vom 3. September 1877, dessen Inhalt folgendermaßen lautete: „Aus Ihrer ausgezeichneten lithographischen Geschäftskarte läßt sich ersehen, daß Sie auf einem gewissen Gebiete mit einem Ausländer leicht reussiren würden. Haben Sie verstanden?“ u. c. Es war dann weiter von dem anonymen Abfender die Aufforderung an den Adressaten gerichtet, unter einer gewissen Chiffre einen Brief nach Posens postlagernd einzuschicken. Der Buchdruckereibesitzer, welcher sofort ahnte, um was es sich handle, setzte sich mit der Polizeibehörde in Weuthen in Verbindung, welche ihm den Rath erteilte, auf das Anerbieten des anonymen Abfenders scheinbar einzugehen, um auf diese Weise im öffentlichen Interesse ein Münzverbrechen zu verhüten. Nachdem der Buchdruckereibesitzer in diesem Sinne einen Brief nach Posens abgefaßt, erhielt er einen zweiten Brief, in welchem er aufgefordert wurde, sich am 13. Sept. 1877 in Wylins Hotel zu Posens zu weiteren Verhandlungen einzufinden; außerdem lag dem Briefe ein gedrucktes Zettelchen mit der Aufschrift: „Fremde Banknoten“ bei. Der Buchdruckereibesitzer reiste auf Anrathen der Polizeibehörde zu Weuthen nach Posens, traf hier zu dem bestimmten Tage ein, setzte sich sofort mit der hiesigen Polizeibehörde in Verbindung und erwartete alsdann am 13. Sept. in Wylins Hotel, wo er logirte, den anonymen Briefschreiber. Derselbe erschien auch in dem Zimmer des Buchdruckereibesitzers, sprach mit ihm zunächst über gleichgiltige Dinge, offenbarte sich ihm alsdann als der Briefschreiber, Kaufmann D. zu Posens und besprach mit ihm weilsäufig die Herstellung von falschen russischen Banknoten. Als dann eruchte er den Buchdruckereibesitzer, mit ihm nach einem Weinlokal zu kommen, wo sie ungehindert weiter verhandeln könnten. Als Beide aus dem Zimmer heraustraten, wurde Kaufmann D. von Kriminal-Polizeibeamten, welche im Nebenzimmer das Gespräch belauscht hatten, verhaftet; bei dem Angeklagten wurde

eine Loupe und ein Rebolber gefunden. — Auf Grund des vorliegenden Thatbestandes wurde gegen den Kaufmann D., welcher übrigens belgischer Unterthan ist, die Anklage erhoben Die Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts nahm nach der Beweisaufnahme als thatsächlich festgestellt an, daß der Angeklagte den Buchdruckereibesitzer zur Anfertigung falscher russischer Banknoten aufgefordert, und an diese Aufforderung das Versprechen der Gewährung von Vortheilen geknüpft, und verurtheilte ihn demgemäß zu 6 Monaten Gefängnis. — Gegen dieses Erkenntnis appellirte der Angeklagte rechtzeitig, machte geltend, daß er zunächst nur habe sondiren wollen und noch nicht eine eigentliche Aufforderung an den Buchdruckereibesitzer gerichtet habe, und beantragte Herabsetzung des Strafmaßes. Bei der heutigen Verhandlung machte der Verteidiger, Justizrath Levisseur, geltend, daß in den beiden anonymen Schreiben des Angeklagten noch keine Aufforderung zur Anfertigung falscher russischer Banknoten enthalten sei und daß bei der mündlichen Aufforderung der Angeklagte dem Buchdruckereibesitzer keine Vortheile irgend welcher Art versprochen habe, beantragte demgemäß ein geringeres Strafmaß. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft jedoch nahm die Aufforderung auch in den beiden Schreiben als vorliegend an und beantragte Bestätigung des Erkenntnisses erster Instanz. Der Gerichtshof ließ zunächst noch einmal die beiden Schreiben verlesen, nahm danach als thatsächlich festgestellt an, daß in denselben schon eine Aufforderung enthalten sei, die bei den mündlichen Verhandlungen genauer präzisiert worden, und bekräftigte demgemäß mit Rücksicht darauf, daß zu einem mit mehrjähriger Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen aufgefordert worden sei, das Erkenntnis erster Instanz.

Vermishtes.

* Aus Dresden, 30. Januar, schreibt man dem „Börs. Cour.“: „Wenn Menschen auseinander geh'n, so sagen sie: auf Wiederseh'n“ — anders Herr Dr. Hugo Müller, der gestern „für immer“ wie er sagte, „Abschied nahm von der Bühne des Residenztheaters, welcher er 5 Jahre als Direktor vorgestanden, und vom dreizehner Publikum, dem er 5 Jahre dornen und enttäuschungsreiche Jahre seines Lebens geweiht.“ Als letzte Rolle hatte er sich die Parthe des Montjoie aus Feuillet's gleichnamigem Stücke gewählt. Das Haus war überfüllt — nicht nur alle Sitzplätze verlaßt — auch die Gänge standen gedrängt voll — nur ein Jahr lang die se Teilnahme und Alles wäre anders gekommen. — Herr Dr. Müller hätte nicht „aus Gesundheitsrücksichten“ die Direktion niederzulegen brauchen, aber auch — in Dresden darf der Direktor eines Theaters nur auf zwei volle Häuser rechnen, beim Kommen und Scheiden! — Eine Fülle von Lorbeerkränzen wurde Herrn Dr. Müller zum Abschiede bediirt. Nach dem Stücke rollte der Vorhang noch einmal in die Höhe — Herr Bachmann sprach im Namen des versammelten Personals die Abschiedsworte an den scheidenden Direktor — ein silberner Pokal und silberne Kränze wurden ihm als Erinnerungsgaben gereicht. Die Abschiedsrede hielt Hugo Müller seiner Direktion selber. „Ohne Groll, nur mit dem Gefühl des Dankes schied er aus Dresden, nicht ohne sein „liebstes Kind“, das Residenztheater, dem Publikum warm an's Herz zu legen. Unter lebhaftem Bravo des Publikums hob und senkte sich noch mehrere Mal der Vorhang. — Herr Kapellmeister Drache führt die Direktion weiter — mit welchem Erfolge?“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius W a s n e r in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 31. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung das Gesetz über die Verteilung der Klause an, genehmigte in erster und zweiter Lesung das Gesetz betreffend die Befugnisse der Kommissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung. Exekutivstrafen anzuwenden, mit den Anträgen Miquel's und Lasker's, wonach, wenn die Exekutivstrafe angeordnet war, um eine dem Beschlusse eines Kollegiums unterliegende Handlung zu erzwingen, jedes bedrohte Kollegalitätsrecht die Strafe durch den Nachweis abzuwenden kann, daß es für die Vornahme der Handlung gestimmt oder aus entschuldbarem Grunde an der betreffenden Sitzung des Kollegiums nicht theilgenommen habe und wonach ferner gegen die Exekutivstrafen der bischöflichen Kommissarien Klage an das Oberverwaltungsgericht stattfindet. Das Haus genehmigte schließlich den Rest des Gesetzes über die Unterbringung verwahrloster Kinder wesentlich nach den Kommissionsanträgen. — Das Herrenhaus erledigte die Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes, bestimmte der Regierungsvorlage entsprechend Hanau anstatt Fulda, sowie Weimar anstatt Limburg zum Landgerichtssitz und genehmigte das Uebrige wesentlich unbedändert.

Berlin, 31. Januar. In parlamentarischen Kreisen verlautet, der Ministerrath habe gestern auf Antrag Campbause's seine bisherigen Absichten dahin geändert, daß der Landtag nur noch etwa bis 10. Februar neben dem Reichstag versammelt bleibe. Eine Nachsitzung des Landtags würde nicht stattfinden.

Eiberfeld, 31. Januar. Im Prozeß gegen die Rheinische Effekten-Bank lautet das Urtheil gegen Horn auf 2 Jahre 10 Monate Gefängnis, die anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Kosten gegen Horn wurden mit $\frac{1}{10}$, gegen beide Zivilparteien mit je $\frac{1}{2}$ bzw. $\frac{1}{10}$ niedergeschlagen.

München, 31. Januar. Der Landtag nahm das ganze Gesetz über den Verwaltungsgerichtshof mit 104 gegen 47 Stimmen an.

London, 31. Januar. Die Agitation gegen den Künftenscredit dauert hier wie in zahlreichen Städten, in ausgedehntem Maße fort. In Woolwich wurde gestern eine große Anzahl von Torpedos für die Mittelmeerflotte verchrist.

Bukarest, 31. Januar. In der Deputirtenkammer wurde die Regierung über die drückenden Requisitionen und über Unregelmäßigkeiten im Eisenbahnverkehr interpellirt. Bratiانو erklärte: Wüchten die Uebelstände, worüber Sie klagen doch die einzigen sein, welche das Land zu ertragen hat. Der Minister des Außeren sagte: Die Friedenspräliminarien seien vielleicht schon unterzeichnet; wir werden morgen die Bedingungen erfahren. Gebe Gott, daß die vom Lande bisher gebrachten Opfer die einzigen wären, welche das Land in Folge des Krieges auf sich zu nehmen hat.

Bekanntmachung.

Behufs Verbindung der Ausführung des Neubaus der katholischen Kirche in Siemowo bei Gostyn, welcher mit Ausschluß des Titels: „Insgemein“ dagegen mit Einschluß des Verbis der Hand- und Spanndienste auf 39,715 Mark veranschlagt ist, habe ich im Auftrage der Königlichen Regierung zu Posens einen Lizitationstermin auf

Montag, den 4. März cr.,
Vormittags 11 Uhr,
in Rawitsch im landrätthlichen Bureau

anberaumt, zu welchem Unternehmungslustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß

1) jeder Bieter vor der Lizitation

eine Kaution von 500 Mark baar oder in annehmbaren Papieren zu erlegen hat,

2) die Kosten des Baus der Königliche Fiskus, als Rechtsnachfolger des aufgehobenen Klosters Lubin allein trägt,

3) daß der Kostenschlag nebst Zeichnungen und Erläuterungsbemerkungen, sowie die Lizitationsbedingungen im landrätthlichen Bureau während der Dienststunden eingesehen werden können.

Rawitsch, den 19. Januar 1878.

Königlicher Landrath.

Dr. Graf Posadowsky-Wehner.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf von circa 4500 Stück Kiefern Bauhölzern aus dem 1878er Schlägen der Königlichen Oberförsterei Zirkle bei Zirkle an der Warthe im Kreise Pirnbaum des Regierungsbezirks

Posens habe ich einen Lizitationstermin auf

Montag, den 11. Februar d. J.,
von Vormittags 10 Uhr ab
im Forstassenslokale zu Zirkle anberaumt.

Die Bekanntmachung der Verkaufsbedingungen erfolgt im Termine.

Jedem Käufer, welche den Kaufpreis im Termine nicht bezahlen, haben ein Viertel desselben als Kaution dem Forstassens-Kendanten sofort einzubringen.

Zirkle, den 30. Januar 1878.

Der Königliche Oberförster.
gez. Priem.

Bekanntmachung.

Auf Verlangen der Herren **Rehban, Selsa, Markt 46**, anal streiten wir die in deren Verkaufslokale festgehaltene Milch und hat dieselbe ein spezifisches Gewicht von 1035 = 21 Grad und enthält 11,91 pCt. Crostanzsubstanz mit 3,61 pCt. Fett.

Aus dieser Zusammensetzung geht hervor, daß die Milch rein und unverfälscht ist; das gleiche Resultat ergab auch die qualitative chemische und mikroskopische Prüfung.

Posens, den 23. Januar 1878.

Agrikultur-chemische Versuchstation des Landw. Provinzialvereins für Posens.

Dr. E. Wildt.

Der Umbau der Scheune auf der Oberförsterei **Endwigsberg** bei

Moschin anschl. Holzwerth, Holz-anfuhr und Zersagen auf 437,11 Mark veranschlagt, soll am

Sonnabend, den 2. Febr.

Vormittags 11 Uhr,
im Geschäftszimmer des Unterzeichneten, woselbst auch vor dem Termin Aufschlag, Zeichnungen und Bedingungen jeder Zeit eingesehen werden können, an den Mindestfordernden durch öffentliches Ausgebot vergeben werden.

Schrimm, der. 30. Januar 1878.

Der Wasserbau-Inspektor.

Sabermann.

Der Verkauf der im Januar 1877 geborenen Föcke aus meiner **Kambouillet = Stammherde** beginnt Anfangs Februar. **Baselg**, $\frac{1}{2}$ Meile von Priestewitz, Post, Bahn- und Telegraphenstat. der Leipzig-Dresdener Eisenbahn.

Schlesische Zugochsen

verschiedener Größe und zu annehmbaren Preisen sind wieder in großer Auswahl und unter Garantie bei reeller Bedienung zu haben.

Wilhelm Wuttge.

Viehlieferant zu Herrstadt in Schl. Bahnstation Rawitz.

Speise-Kartoffeln laßt jedes Quantum zum höchsten Preise

S. Schuster.

Abressen **Brombergerstraße 4** abzugeben.
Lotter-Loose 4. Kl. Orig. $\frac{1}{2}$ 9%, $\frac{1}{3}$ 4%, $\frac{1}{4}$ 2%, $\frac{1}{5}$ 1% 24 Ltr. 1 Ltr., versend. das älteste **Lotter-Loose** Compt. von **Scherer**, Berlin, 191 Friedrichstr. 191.

(Beilage)

Pfandbriefe-Aufkündigung.

In Folge der statutenmäßig bewirkter Auslösung werden nachstehend bezeichnete Pfandbriefe des neuen landwirtschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen:

Table with multiple columns listing Pfandbriefe (Series I to IX) with values in Taler and Mark. Includes sub-sections for 'zum 1. Juli 1878' and 'zum 1. April 1878'.

Die gekündigten Pfandbriefe müssen nebst den noch nicht fälligen Kupons Nr. 3 bis Nr. 10 und dem Saloon in kufersfähigem Zustande eingeliefert werden.

Die nicht eingehenden Pfandbriefe verfahren binnen dreißig Jahren zum Vortheil des Kreditvereins.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Kupons und Talons unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt eingehendet werden können.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, aber noch rückständigen Pfandbriefe:

Table listing Pfandbriefe (Series I to IX) with values in Taler and Mark, including sub-sections for 'zum 1. Juli 1878' and 'zum 1. April 1878'.

hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Pfandbriefe zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes unverweilt in Empfang zu nehmen.

Königliche Direktion des neuen landwirtschaftlichen Kredit-Vereins für die Provinz Posen.

Bekanntmachung.

Bei der heute planmäßig stattgefundenen Auslösung sind folgende am 1. April 1878 bei der hiesigen Kreis-Kommunal-Kasse einzulösende Obligationen des Kreis-Kredit-Vereins gezogen worden:

Table listing Obligationen (Series I to IV) with values in Taler and Mark, including sub-sections for 'I. Emission', 'II. Emission', 'III. Emission', and 'IV. Emission'.

Der Königliche Landrath v. Diembowski.

Aufkündigung nachstehender Obligationen des Pleschener Kreises.

Table listing Obligationen (Series I to II) with values in Taler and Mark, including sub-sections for 'I. Kreis-Chauffeebau-Anleihe' and 'II. Kreis-Eisenbahn-Anleihe'.

Table listing numbers 1306 to 2040.

Diese Obligationen nebst den dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscoupons und Talons sind am 1. April 1878 auf der Kreis-Kommunal-Kasse hier selbst gegen Bezahlung des Nennwerthes zurückzuliefern.

Pleschen, den 26. September 1877. Die Finanzkommission des Pleschener Kreises.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht zu Schneidemühl, Erste Abtheilung.

Schneidemühl, den 28. Januar 1878, Nachmittags 6 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Anton Auerbach zu Samotischin ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den

28. Novbr. 1877 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Justizrath Bresso hier selbst bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf d. 11. Februar cr., Vormittags 11 Uhr,

Zimmer Nr. 14 vor dem Kommissar Hrn. Kreisrichter Dr. Friedländer anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vor schläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen im Besitz oder Verwahrung haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegebun, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

7. März cr. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsbändig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

7. März cr. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 1. April cr., Vormittags 10 1/2 Uhr,

vor dem genannten Kommissar zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderungen einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Lindinger und Loewenhardt zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Holzlicitation.

Im den Beyme'schen Forsten, Kreis Posen, im Schlage am Perkowski'schen Forstbesitzement, sollen

den 12. Februar cr., früh von 9 Uhr ab,

circa 600 eichene Bau- und Nutzholzer,

sowie bis auf Weiteres jeden Montag, von früh 9 Uhr ab, kiefern Bauholz

in verschiedenen Stärken, ebendasselbst versteigert werden.

Wohr nach der 1/2 Stunde entfernt Station „Eichenhorst“, Märkisch-Posener Bahn, sehr bequem.

Forsthaus Bukowic, den 30. Januar 1878. Die Forstverwaltung. Mischner.

12 piquante Photographien 2 R., 50 a 7 R. verf. N. Kämpler, Berlin 61 Brandenburg Str. Catalog.

Dom. Lubin bei Kriewen hat abzugeben, passend zu Alcepfanzungen:

- 60 Stück süße Kirschbäume, 340 Stück Apfelbäume, 90 Stück Birnbäume, 180 Stück Eichenbäume, 60 Stück Kastanienbäume, außerdem Reine Klauten, Kastanien, Alaxien, Trauereschen, Kugelazazien und Obstweidlinge, und 300 Pfd. Kuntelrüben-Saat (bairische Klumpen, 100 Pfund Mohrrüben-Saat.



Eine alte, sehr werthvolle deutsche Sammwollschafherde

in Mecklenburg, über 30 Jahre fast nur mit Boldebuder Böden geüchtet, soll verkauft werden.

Es kommen etwa 150 zuchtfähige und höchst werthvolle Stummütter zum Verkauf.

Die Herde kann nach Uebereinkommen sogleich oder nach der Schur abgenommen werden.

Zugliche nähere Auskunft ertheilt auf gef. Anfrage der Schäferdirektor W. Bahle in Neubrandenburg in Mecklenburg-Strelitz.

Sonnabend, den 16. März 1878, Mittags 12 Uhr,

verkauft das unterzeichnete Dominium aus freier Hand zu festgesetzten Preisen

75 St. Rambouillet-Fellblut-Böcke.

Programme werden auf Wunsch überandt.

Shorthorn- und Hol- ländier Bullen im Alter von 3-15 Monaten, sowie Lincolnshire Eber und Sauen stehen hier jederzeit zum Verkauf.

Nächste Eisenbahnstation Weissenhöhe. Nächste Poststation Wiffel.

Dom. Gjatze, d. 27. Januar 1878. Rithausen.

Wegen Wirthschaftsveränderung stehen

40 hohelegante Fohlen ein, zwei- und dreijährig auf dem Dominium Rhibitwy bei Wafosch zum Verkauf.

G. Freytag.

Die Ofen- und Thon- waarenfabrik von F. Nachtigal in Freienwalde a. O.

empfehlte ihr Fabrikat weißer Emaille-Ofen

solbester Qualität zu sehr herabgesetzten Preisen.

Englisches Reygras,

erste Abfaat, pro Str. mit 18 Mark fr. Erachenberg, Süde zum Selbstkostenpreis, hat noch abzugeben

Goernitz b. Erachenberg. Braunkohlen,

vorzüglicher Güte, besonders zur Dampf- feuerung, für Ziegeln u. s. w. geeignet, liefere ich aus meiner hiesigen Grube in Rahnsladungen zu billigem Preise.

Oscar Mittelstaedt, Marianowo bei Birke a. d. Warthe. Oberhemden, Pariser Façon, werden unter Garantie des Gutfitzens nach Maß angefertigt. Clara Fiech, in Firma C. Wegner, Sapiehaplatz 11. Bergstr. 13. I. ist e. möbl. Z. zu verm.

LIEBIG
Company's
Fleisch-Extract
aus FRAY-BENTOS (Süd-Amerika).

Nur acht wenn die Etiquette eines jeden Topfes nebenstehenden Namenszug in blauer Farbe trägt.

En gros Lager bei dem Correspondenten der Gesellschaft:
Herrn Alphons Peltesohn in Posen.
Zu haben bei den grösseren Colonial- und Esswaaren-Händlern, Droguisten, Apothekern etc.

Cäsar und Minoa
Race-Hunde-Züchtere und Dressur-Anstalt
Zahna, Prov. Sachsen,



empfehlen diverse Rassen Jagd- und Vorziehhunde, altdenische, deutsche und englische Kreuzungen, Schweizer, Dachs, Brackier, und Windhunde unter Garantie vorzüglichster Feld- als auch Parforce-Dressur. Die Hunde sind fern abgeleitet u. werden den verehrten Respektanten auf Wunsch in Zahna vorgeführt. (Atteste vieler hoher bekannter Sports- u. Waidmänner, welche Jagd-, Vorzieh-, Parforce-, Brackier- und Dachs-Hunde von mir bezogen, werden gern vorgelegt, auch den Preis-couranten beiliegend.)
Ferner empfehle Renommir- und Nuthunde als ganz besondere Spezialitäten meiner Züchtereien, **Umer Doggs und Bergwunde**, auch Renfundländer, Leonberger, Dänische, Gack- und Bulldoggs, Ungarische und Königswolfschunde, englische Wäpse und Mastiffs, Spitzer, Pudel, Pintcher, Mattier und King-Charles.

Beste Wheeler u. Wilson Nähmaschinen,
a. Nr. 72.
Dieselben elegant ausstattet
Nr. 84.
Beste Singer-Nähmaschinen
Nr. 57.
Unterricht im Nähen gratis.
Auch werden sämmtliche Nähmaschinen billigst reparirt.
Clara Ziesch,
in Firma **C. Wequer,**
Capieplatz 11.

Ein Rectificir-Apparat
neuester Konstruktion, 1500 Pfr. Inhalt, kupfernen Kühler und ein Destillir-Apparat, 300 Pfr., sind wegen Geschäftsaufgabe billig zu verkaufen.
Näheres Exped. dieser Zeitung.

Lotterie.

Die Erneuerung der Loose zur 4. Klasse 157. Lotterie muß bei Verlust des Anrechts bis zum 4. Februar d. J., Abends 6 Uhr planmäßig geschehen.
Der Königliche Lotterie-Einnehmer,
H. Bielefeld,
Kgl. Pr. 157. Staatslotterie.
Haupt-Ziehung v. 8 bis 24. Februar.
Hierzu gebe Antheilloose aus:
1/4 1/2 3/4 1/8 1/16 1/32 1/64
für M. 292 146 73 37 18 10 5
gegen Vorschuss oder Einsendung des Betrages.

Max Meyer,
Bank- und Wechsel-Geschäft.
Berlin SW., Friedrichstrasse 204.
Erstes u. ältestes Lotterie-Geschäft Preussens, gegr. 1855.

Sanere Gurken
in ganz vorzüglicher Qualität empfiehlt
E. Brecht's Wittwe.

Hals- u. Brustleiden,
selbst in vorgeschrittenen Stadien, werden zuverlässig geheilt (täglich neue Dankschreiben Geheilten) durch die auf Alex. v. Humboldt's (er constatirte gänzliches Fehlen von Asthma und Tuberculose bei deren Gebrauch) Veranlassung eingeführten und seit vielen Jahrzehnten bewährten Prof. Sampson's Coca-Präparate, 1 Schachtel 3 Rmk., 6 Sch. 16 M. Näheres Belehrung gratis froo, d. d. Mohren-Apothek Mainz und deren Depots: Stettin: die kgl. Hof-Apothek. Breslau: S. G. Schwartz, Ohlauer-Str. 21. Königsberg i. Pr.: A. Brüning, Apoth. Krumme Grube; Berlin: B. O. Pflug, Luisenstr. 30; M. Kahlemann, Schwanenapoth. Spandauerstr. 71.
Rheum. Weiden in 3 Tagen durch einf. Heilwerk zu heben theilt gratis mit
Otto Klathöfer, Dresden.

Syphilis, Geschlechts-, Haut-, Frauenleiden, Pollut. u. Impotenz heilt briefl. ohne Berufsstörung gründl. u. schnell Dr. med. **Zitz, Berlin, Prinzenstr. 65.**
Eine möblirte Stube zu vermieten Schiefstrasse 6 eine Treppe rechts.
Bergstrasse 4
ist die 1. Etage vom 1. April d. J. zu vermieten.
St. Martin 76
ist ein möblirtes Zimmer parterre sof. zu vermieten.
Kanonenplatz 9 3 Et. ein möblirtes Zimmer sofort zu vermieten.
Ein warmes möbl. Zimmer z. verm. St. Martin Nr. 21 3 Et. r.

Gesucht 2 Stuben u. Küche vorn
Angabe unter **N. 3. 70** in d. Exped. d. Zeitung abzugeben.

BERLIN BRESLAU DRESDEN LEIPZIG HAMBURG

G. I. DAUBE & Co.
CENTRAL-ANNOU-EXPEDITION
der deutschen u. ausländischen Zeitungen,
in Posen, Friedrichstr. 31.
Alleinige u. ausschliessliche Vertreter
der Hauptblätter der deutschen Reichs-
für Frankreich, England, Belgien & Holland,
sowie für alle anderen bedeutenden
Zeitungsbüros, Belgien und Österreich.
Journale für Frankreich vsp. Deutschland etc.
HAUPT-ANNAHME-BUREAU
für Inserate in die Allg. Anzeigen z. Gartenlaube.
Tägliche directe Expedition
über Arten von Anzeigen & Reklamen in alle Zeitungen
Localblätter, Reisebücher, Kalender etc. der Welt.
Pompt, billig & billige Bedienung.
Verzeichnisse der Zeitungen aller Länder,
sowie Kostenveranschlagung
stehen gratis - franco zu Diensten.
Auf Wunsch Ertheilung der Anzeigen & Reklamen
Kleineren Uebersichten
mit immer-Schreibmaschinen-Bericht

A. SPIRO.
PARIS BRANKURM AMIEN

Auf dem Kanonenplatz.
Sonntag, den 3. Februar 1878:
Eröffnung des Hippodroms.
Täglich
Grosses Corso-Reiten
für Herren und Damen, sowie auch für Kinder.

Der Markt zählt über 20 gut geitene Pferde, welche Federmann unter Aufsicht eines erfahrenen Stallmeisters zur Disposition gestellt werden. Die eigens dazu erbaute Reithalle ist auf das Geschmackvollste decorirt. Täglich Unterhaltungsmusik, sowie gute Beleuchtung, auch ist dieselbe mit einer guten Restauration versehen ff. Bier etc. Um zahlreichen Zuspruch bittet
W. Bartling, Hippodrom-Besitzer.
Anfang Sonntag Nachmittag 3 Uhr
An den Wochentagen Nachmittag 5 Uhr. Entree 30 Pf

Möbl. Zimmer zu vermieten
Schützenstr. 22, I. Etage rechts.
Friedrichstraße 19, 2. Et., 1 möbl. Zimmer zu vermieten.
Bäderstraße 10 ist ein II möbl. Zimmer sofort billig zu vermieten.
Eine Wohnung von 4 Zimmern und Küche K. Gerberstr. Nr. 9 und eine von 3 Zimmern und Küche Gerberdamm Nr. 1 ist vom 1. April cr. ab zu vermieten.
Bergstr. 7 ist ein Laden (mit Schaufenster) auch als Comptoir geeignet, zu vermieten.
Bergstr. 7 ist ein Pferdebestall und eine Remise zu vermieten.
Ein Laden mit Wohnung ist sofort billig zu vermieten. - Näheres bei **Saasenstein & Vogler, Posen, St. Martin 1.**
Eine elegante Wohnung von 7 Zimmern, Badestube und Nebengelass etc. ist per 1. April cr. zu vermieten. Näheres bei **Saasenstein & Vogler, Posen, St. Martin 1.**

Theaterstraße 2
zum 1. April cr. eine Parterrewohnung, zu einer Werkstatt sich gut eignend, zu vermieten. Zu erfragen bei **C. Brühl, Brantenstraße.**
Ein fein möblirtes Parterre-Zimmer für 1 oder 2 Herren ist zu vermieten **Gr. Gerberstr. 3.**
Hinterwallischei 7 sind pr. sofort oder 1. April c. im Parterre und ersten Stock Mittelwohn. zu verm.

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten. Neue Nähmaschinen (Wheeler Wilson) billigst zu verkaufen **Wasserstraße 8/9, 2. Etage.**
Den sichersten und reellsten und honorarfreien Stellennachweis gewährt unentgeltlich die bereits seit 19 Jahren erscheinende Zeitung:
Vacanzten-Liste
und abonirt man hierauf durch Postanweisung: monatlich (5 Nr.) 3 M., dreimonatlich (13 Nr.) 6 M., incl. Frantatur direkt b. Verleger **P. Grabow, vorm. A. Retemeyer in Berlin, Kur-Str. 40.**

Directrice.
Für ein feineres Puzgeschäft in der Provinz wird eine tüchtige
Directrice,
die bereits mit Erfolg gearbeitet und einen guten Geschmack zu entwickeln vermag, zum Antritt per Ende Februar oder per bald gesucht. Man erbittet Offerten unter persönlicher Vorstellung am Sonnabend den 2. Februar von Morgens 10 Uhr ab in **Stern's Hotel.** Auskunft ertheilt der Portier.

Wir suchen zum 1. März bei sehr hohem Gehalt eine
Directrice,
welche im Zuschneiden und Arrangiren von Damen-Mänteln und Costumes in seinem Genre sehr geübt sein muß.
Nebungen unter Angabe der bisherigen Stellungen erbitten
Salomon & Berliner, Königsberg i. Pr.
Ein unverheiratheter
Gärtner
findet auf dem Dom. **Wlosanowo** bei Zanowitz sofort Stellung.

Ein tüchtiger Landwirth,
36 Jahre alt, verheirathet, theoretisch und praktisch gebildet, welcher seit 1860 beim Fuch, von 1863-1876 selbst Gutsbesitzer war, sucht irgend welche Anstellung auf einem Gute, einem industriellen Etablissement oder auch als Sekretär und dergl. Ausreichende landwirthschaftliche Kenntnisse, Erfahrung und Übung in Correspondenz, Buchführung und ländlicher Polizei-Verwaltung, sowie gute Referenzen stehen ihm zur Seite.
Eingehendere Auskunft ertheilt das Handlungsbüro
Carl Grundmann successores in Breslau.
Schloßstr. 2 Part.-Geschäftl. m. angr. Wohn., II. Wohn. sof. u. April z. verm. b. Wirth v.

Ein gut empfohlener
Wirthschaftsbeamter
findet auf der Domaine **Grabis** bei Zitz zu sofort oder zum 1. April Stellung. Gehalt nach Uebereinkunft.
Ein gut empfohlener, verheiratheter
Gärtner,
der auch Jäger sein muß und sich darüber ausweisen kann, findet zum 1. März auf der Domaine **Grabis** bei Zitz, gute dauernde Stellung.
Ein unverheiratheter deutscher
Diener
wird zum sofortigen Dienstantritt gesucht.
Wandelt, Seudzin bei Put.

Familien-Nachrichten.
Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Therese** mit dem Kaufmann **Hrn. Adolph Blum** aus Berlin beehren wir und hierdurch ergebenst anzuzeigen
Borel, im Januar 1878
J. S. Wollmann
und Frau
Am 29 d. M. Nachts 11 1/2 Uhr verstarb plötzlich am Herzschlag unsere gute Schwester und Tante verwitwete **Frau Dr. Sahn.**
Die Beerdigung findet Freitag, den 1. Februar cr., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Halbborststraße 39 statt.
Um stille Theilnahme bitten
die Hinterbliebenen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobt: **Frl. Magdalene Krusche** mit **Hrn Kaufmann** und Lieutenant **d. L. Johannes Urban** in Trebnitz.
Frl. Frieda Fieskorn mit **Hrn. Gutsbesitzer Hugo Sperling** auf Piaslen (Felsenhof). **Frl. Marie Schoepfenberg** mit **Hrn. Apotheker C. Baumgart** in Hannover. **Frl. Marie Dittrich** mit **Hrn. Domänenpächter Emil Bernard** in Schmeidsdorf. **Frl. Elise Kohn** mit **Hrn. Kaufmann Julius Fuß** in Breslau. **Frau. Clara Schub** mit **Herrn Kaufmann Fritz Engelmann** in Berlin.
Verheirathet: **Herr Rittmeister C. von Borke** mit **Frl. Agnes Frelin** von Klot-Straubetter in Berlin.
Geboren: Ein Sohn: **Herrn Forstmeister** und **Hauptmann Ernst Karl** von **Dieder** in Riddinghausen, **Hrn. Rittmeister Frhr. von Durant** in Br.-Alan.
Gestorben: **Berm. Frau Major Emilie** von **Steinwehr**, geb. **Wildeis** in Brandenburg a. S. **Frau Postdirektor Emmy Bode**, geb. **Nolte** in Elmhorn. **Herr Maurermeister P. T. Souermann** in Breslau. **Herr M. Caspari** in Berlin. **Herr Baumeister C. A. Kühnel** in Berlin. **Herr F. Engelmann** in Berlin. **Herr Schriftfeger Emil Rahmann** in Berlin.

Sonnabend, den 2. Febr.: **Wurst-abendbrot** und **Familienfränzchen**, wozu ergebenst einladet
Zerzycer Wassermühle.
Th. Vintz.
Am 1. Februar Abends **Wellfleisch**, Sonnabend, den 2. Februar **Wurstfränzchen**, wozu ergebenst einladet
Zerzycer.

W. Hennig.
M 6. II. 7. A. J. II.

Lambert's Saal.
Montag, den 11. Februar,
Abends 7 1/2 Uhr:
Concert
des Hennig'schen Gesangvereins
Meissa solennis
von
L. van Beethoven!
Billets a 2 Mrl. in der Hof-Buch- und Musikalien-Handlung der Herren **C. Bote & G. Bode.**

Königin Luise's Verein.
Freitag, 1. Februar,
Abends 7 Uhr,
in der Aula der Realschule:
8. Vortrag,
Herr Oberlehrer Dr. Krug
über:
"Moderne Naturan-schauung".
Billets zu 75 Pf. in der Buchhandlung von **L. Türl.**

B. Heilbronn
Volksgarten-Theater.
Freitag, den 1. Februar. **Bruder Niederlich.** Große Gesangsposse.
Morgen
Sonnabend, den 2. Febr.
Grosser Ball
mit und ohne Maste.
Interims-Theater.
Freitag den 1. Febr. 3. Gastspiel der **Frau Fescht** vom Kgl. Theater in München.
Hygiene auf Lauris.
Schauspiel in 5 Acten von Goethe.
Hygiene - Frau Fescht a. G.
Die Direction.
Bei meiner Abreise nach Köslmin sage allen Verwandten und Bekannten ein herzliches Lebewohl.
Kurnit, den 31. Januar 1878.
Cäcilie Matthias
geb. Bach.

Bei unserer Abreise von Gnesen nach Camenz sagen wir allen Verwandten und Freunden ein herzliches Lebewohl.
Richter,
Cepak-Expedient
und Frau.

Spezialitäten meiner Züchtereien, **Umer Doggs** und **Bergwunde**, auch Renfundländer, Leonberger, Dänische, Gack- und Bulldoggs, Ungarische und Königswolfschunde, englische Wäpse und Mastiffs, Spitzer, Pudel, Pintcher, Mattier und King-Charles.
Die Zucht- und Renommirhunde sind auch in meinen Instituten Schweinitz, Annaburger Cavillereien, Bahnhof Zessen oder Holzdorf der B.-A.-B. zu besichtigen und werden von einem meiner Piqueurs auf Verlangen vorgeführt.
In meiner permanenten Ausstellung zu Schweinitz sind nur größere Hunde ausgestellt und wolle man sich zur Besichtigung derselben an meinen dortigen Inspektor **W. Bohm** wenden.
Versandt auf meine Gefahr bis zur entferntesten Bahnstation; nach überseeischen Plätzen wird die Vermittlung von Dampf- und Segelschiffen gratis besorgt, auch Versicherung und Fütterung der Hunde übernommen. Preis-courante mit Angabe der Leistungen, Eigenschaft der Rassen und einzelner Hunde versende franco.
Meine Broschüre: **Pflege und Aufzucht des edlen Hundes** incl. Angabe von Heilmitteln für die am häufigsten vorkommenden Krankheiten und eines Kunstbittles, 18 verschiedener Hunderrassen 1 M. (Meine Bergwunde, in ihrer Originalfarbe abgebildet, 1 M.) Hundefuchen, Fleisch-Erbsenmehl-Biskuits, eigener **Kabrit** äußerst bequem, billiges und ganz vorzügliches Hundefutter, 50 Kilo 20 M., 12 1/2 Kilo 6 M.
Adresse für Postsendungen und Telegramme:
Otto Friedrich, Zahna.

[S. 1048.]
Mit dem heutigen Tage habe ich in Gnesen eine Niederlage meiner Delmühlen-Produkte:
Rüboel, roh u. raffin. Leinoel, Maschinenoel, Kops- und Leintuchen
errichtet. Die Preise stellen sich ab Gnesen ebenso billig, wie ab meiner Del-fabrik hier und werden Aufträge an die
Filiale der Kurtzig'schen Dampfseifabrik zu Gnesen
prompt und sorgfältig ausgeführt werden.
Das Comtoir der Filiale befindet sich im **Hotel Europe.**
Inowrazlaw, den 27. Januar 1878.

Aron Abr. Kurtzig.
Kleesamen-Enthüllungs-Maschinen
zu Koh- und Dampfbetrieb, vollkommen rein enthöllend
ohne Samenbeschädigung, mit vollkommener Reinigung
empfehlst
die **Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen**
von **F. Riedel** in Breslau,
Kaiser Wilhelms-, früher Kleinburgerstraße 36.

Handelschule und kaufm. Hochschule zu Gera.
Am 25. April d. J. Beginn des 29. Schuljahres. **Allgemeine, fremdsprachliche** (engl., franzöf., ital.) und **handelswissenschaftliche Ausbildung jüngerer** (nicht unter 13 Jahre alt; Curs 3 bis 4 jährig) und **Fortbildung älterer** aus den höheren Klassen der Gymnasien Realschulen etc., oder aus der **kaufm. Praxis** etc. Kommender Böglinge (Curs 2jährig, nur bei sehr guten Vorkenntnissen weniger, für solche, die kein Reifezeugniß beanpruchen, in der oberen Abtheilung der Anstalt der sog. Hochschule oder Selecta **akademische Einrichtung**, auch semestrale Verpflichtung und Auswahl unter den Collegien) Die **Reifezeugnisse** der Anstalt berechtigen zum **1jähr. Freiwilligendienst** in der deutschen Armee.
Ueber **Schulbesuch** aus In- und Ausland, Aufnahme, Lehrgang, Unterkauf etc. Näheres durch die Prospekte
Gera, 24. Jan. 1878. Dir. Dr. Eduard Amthor.

Mittelnst unseres Heilverfahrens
erzielen wir bei Cästeverderbnis, allgemeiner Schwäche, und Nervosität, bei Erkältungs- und Hautkrankheiten, Rückenmarkreizung, Spermatorrhoe, beginnender Lähmung, bei Herz-, Magen-, Milz- und Hämorrhoidal-leiden und Fettucht die schönsten Heilerfolge. Nähere Auskunft geben der Anstalts-Prospekt und Hofrath **Dr. Steinbacher's populäre Schriften**, zu beziehen durch **Hofrath Dr. Steinbacher's Naturheilanstalt Brunenthal** (München).
[H. 8730.]